

 **DER PARITÄTISCHE**

01 | 2021





I EDITORIAL

I SCHWERPUNKT

Lehren aus Corona: Ein Zwischenfazit nach einem knappen Jahr Erfahrung mit der Pandemie

Was wurde zur Bewältigung der Corona-Pandemie in der Langzeitpflege erreicht?

Wir fragen unsere Mitglieder

Wie die Lebenshilfe Germersheim die Coronakrise meistert

Während Corona im Einsatz

Die Gemeinschaft der Selbsthilfe Eine Medizin mit positiven Nebenwirkungen

Erster Virtueller Selbsthilfetag in Hessen

Drei Fragen an Eberhardt Wohlleber von der Freiwilligen Suchtkrankenhilfe E.V.

„Das Boot“ in Wismar bleibt wichtiger Anker für Menschen mit psychischen Belastungen/Karikatur

Kreativ gegen Corona in Radebeul/#GleichImNetz

Drei Fragen an Doris Niebergall, Familiengesundheitszentrum in Frankfurt am Main

Deutsches Jugendherbergswerk setzt auf bewährte Qualität auf neuen Wegen

Jede Krise ist auch zum Wachsen da

Interview mit Nancy Poser/Aktion Mensch

Wie Kita-Fachkräfte im Jahr der Corona-Pandemie eine Stimme bekamen

3 I SOZIALPOLITIK

Der Paritätische Armutsbericht 2020 27

Gemeinsamer Aufruf/ 5 Jahre SprInt Genossenschaft! 28

4 Presseschau 30

I VERBANDSRUNDSCHAU

6 Vielfalt ohne Alternative/Druck aus den Parlamenten 32

8 Interview mit Luan Pertl von OII Europe 33

10 Frisch veröffentlicht 34

Aus den Landesverbänden 35

12 Termine 36

14 Ehre, wem Ehre gebührt/Impressum 37

15

16

18

20

21

22

24

26

AUCH UNTER

FACEBOOK.COM/PARITAET

BEI TWITTER UNTER @PARITAET

BEI INSTAGRAM ALS PARITAET



LIEBE LESER*INNEN,

das aktuelle Verbandsmagazin ist unser zweites Heft zur Corona-Pandemie. In dieser vorliegenden Ausgabe geht es schwerpunktmäßig um die Folgen der Pandemie für die Pflege, Selbsthilfe, Gesundheit und Eingliederungshilfe. Die Pandemie ist eine besonders schwere Zeit: In allen Bereichen mangelte es an Schutzausrüstung, gefolgt von Besuchseinschränkungen, Schließungen von Werkstätten für Menschen mit Behinderung und Tages- sowie Kurzzeitpflegeeinrichtungen und der plötzlichen Erarbeitung und Umsetzung von Besuchskonzepten sowie Schnelltest-Regelungen uvm. Und das alles bei einer bereits vor der Pandemie angespannten Personaldecke im Pflege- und Gesundheitsbereich. Bewohner*innen und Angehörige sind belastet, weil sie durch Besuchsbeschränkungen wenig Kontakt haben, gegenseitige Berührungen vermissen und das Tragen von Masken bei Bewohner*innen teils Verunsicherung auslöst. Kurzfristig gestrickte Unterstützungsnetze aus digitalen Möglichkeiten erreichten nicht alle Hilfesuchenden. Vor allem ältere und gesundheitlich vorbelastete Menschen waren und sind bis heute in der Situation des Abstandhaltens mit Ausgrenzung und sozialer Isolation konfrontiert.

Verfolgten die notwendigen Maßnahmen der Besuchseinschränkungen den Zweck die Pandemie einzudämmen, trennten sie die Bewohner*innen zugleich von sozialen Kontakten. Trotz mangelnder Personalressourcen und teils offener Fragen zur Refinanzierung von Investitionen, sahen sich die Einrichtungen mit der Herausforderung konfrontiert, innerhalb kurzer Zeit Wege und Besuchskonzepte umzusetzen, damit sich Bewohner*innen und Besucher*innen trotz Distanz etwas näher sein konnten.

Auch in Krisenzeiten benötigten wir eine gesunde Balance zwischen Infektionsschutz und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dabei spielen viele Bausteine eine Rolle. Eine verlässliche Teststrategie für ambulante und stationäre Einrichtungen der Pflege und Eingliederungshilfe ist hier von besonderer Bedeutung, um Infektionen zügig zu erkennen und Infektionsketten zu durchbrechen. Verpflichtende Schnelltest-Regelungen, die Pflegebedürftige und das Personal regelmäßig auf den Corona-Virus testen sollen, stellen die Alten- und Pflegeheime sowie die mobilen Pflegedienste wegen der angespannten Personallage vor weitere Schwierigkeiten. Durch die Testverordnungen steigt der Druck auf die Pflegeeinrichtungen und deren ohnehin am Limit arbeitendes Personal enorm. Zurecht klagen die Einrichtungsleitungen, mit einer schier unlösbaren Aufgabe, nämlich die Einrichtungen für Besuche geöffnet zu halten und zugleich bei zu knappen Personal Infektionen durch eine Vielzahl von Tests vorzubeugen, allein gelassen zu werden. Ob die Schnelltests überhaupt in einer ausreichenden Anzahl durchführbar sind, ist unklar. Wenn der Infektionsschutz von besonders schutzbedürftigen Gruppen in Pflegeeinrichtungen und -diensten durch Tests gestärkt werden soll, benötigt es externe Unterstützung bspw. durch Mitarbeitende des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherungen oder durch Bundeswehrangehörige.

Das aktuelle Verbandsmagazin gibt u.a. einen Einblick in den Alltag eines ambulanten Pflegedienstes unter Corona-Bedingungen und es wird die Arbeit von Selbsthilfeaktiven betrachtet, die trotz Kontaktbeschränkungen füreinander da sein wollen und mit digitalen Formaten die Pandemie zu überbrücken versuchen, auch wenn es den persönlichen Kontakt nicht ersetzen kann.

Herzlich. ihr




Professor Dr. Rolf Rosenbrock,
Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

LEHREN AUS CORONA

EIN ZWISCHENFAZIT NACH EINEM KNAPPEN JAHR ERFAHRUNG MIT DER PANDEMIE

Eins steht bereits fest: 2020 wird als „das Corona-Jahr“ in die Geschichtsbücher eingehen. Uns alle stellte das vergangene Jahr vor immense Herausforderungen, die auch 2021 nicht vorbei sein werden. Wir alle mussten lernen, mit einer globalen Pandemie umzugehen, auch die Wohlfahrt. Jonas Pieper vom Paritätischen Gesamtverband wagt ein erstes Fazit.

Die Corona-Pandemie prägt unser Leben und unseren Alltag in bisher kaum bekanntem Ausmaß. Ganz besonders betroffen sind jene, die aus unterschiedlichsten Gründen schon vor der Pandemie Unterstützung benötigten. Zwar kann das Virus jede*n treffen, tatsächlich verbreitet es sich jedoch sozial sehr ungleich: Wer in beengten Verhältnissen lebt, wer in seiner Arbeit nicht auf das Home-Office ausweichen kann oder wer chronisch krank ist, hat ein deutlich höheres Risiko, sich mit dem Virus zu infizieren. Und auch die Folgen der Pandemiebekämpfung treffen Menschen sehr unterschiedlich – seien es die Kontaktbeschränkungen für Menschen in stationären Einrichtungen, die häusliche Isolation von älteren und kranken Menschen mit all ihren psychosozialen Folgen oder die verschärften Vereinbarkeitsprobleme von pflegenden Angehörigen oder Eltern, zumeist Frauen, durch die Rückverlagerung der Sorgearbeit ins Private.

Stresstest für das Gemeinwesen

Corona lässt in einem grellen Licht sichtbar werden, wo es in unserer Gesellschaft schief läuft. Die Bruchstellen unseres Gemeinwesens treten unter diesem Stresstest deutlich hervor: Bei den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung für systemrelevante Berufe. In einem Gesundheits- und Pflegesystem, das an ökonomischer Effizienz und Gewinnen ausgerichtet ist statt an Bedarfen. Bei der Digitalisierung in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Oder bei der Vernachlässigung der Ärmsten und Verwundbarsten, von Beziehenden der Grundsicherung über Arbeiter*innen in der ausbeuterischen Fleischindustrie und Landwirtschaft bis hin zu Flüchtlingen in den überfüllten Lagern am Rande Europas.

Mittendrin in dieser Pandemie sind die Einrichtungen und Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege. Sie sind direkt in die Eindämmung der Infektionen eingebunden, aber auch massiv von

den Folgen der Krise betroffen. Die gemeinnützigen Strukturen zeigen sich hier wieder einmal als sehr tragfähig und leistungsstark, wenn es darum geht, gesellschaftliche Solidarität und Hilfe im Alltag zu organisieren – allen Widerständen und politischen Versäumnissen der Vergangenheit zum Trotz.

Gleich zu Beginn der Pandemie wurde der Mangel an zentralen Krisengütern überdeutlich. Für den weiteren Verlauf der Pandemie wie für andere Krisen dieser Art muss daher mit einer vorausschauenden Bevorratungspolitik sichergestellt werden, dass ausreichend Schutzmaterialien für den Bereich Gesundheit und Pflege sowie für alle Bereiche der Sozialen Arbeit zur Verfügung stehen. Genauso wichtig für die Pandemie-Vorsorge ist das Vorhalten stabiler Strukturen der Gesundheitsversorgung und eines ausreichend ausgestatteten Bevölkerungsschutzes.

Was sich schon während der Pandemie nachteilig auswirkte, die Unterfinanzierung und komplizierte Mischfinanzierung zahlreicher Organisationen und Projekte, wird sich mit den wirtschaftlichen Folgewirkungen der Corona-Krise noch verstärken. Soziale Arbeit wird jetzt und nach der Krise mehr denn je gebraucht. Doch die finanzielle Lage vieler Kommunen in den kommenden Jahren dürfte zahlreiche Angebote der Sozialen Arbeit bedrohen, insbesondere die freiwilligen kommunalen Leistungen ohne gesetzlichen Rechtsanspruch, darunter ambulante Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, Familienbildungsangebote, Beratungsangebote, Angebote der Selbsthilfe, Flüchtlingsinitiativen oder Migrantenselbstorganisationen.

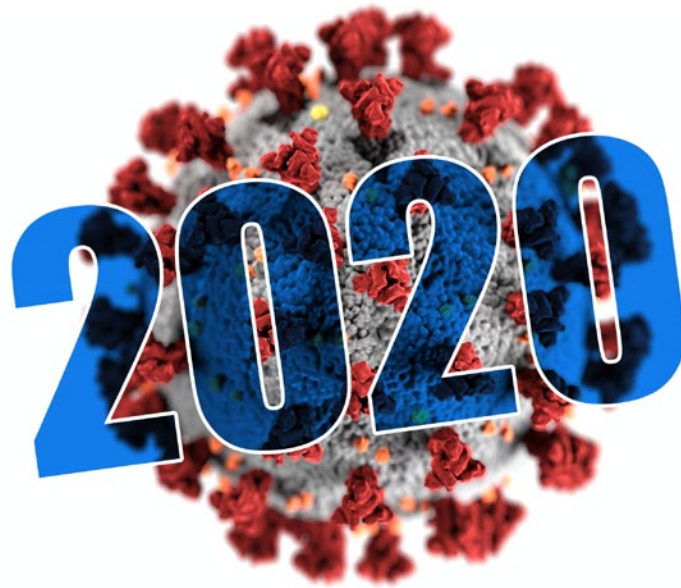
Ungleiche Regeln

Mit der Pandemie trat auch unübersehbar zu Tage, wie prekär die Teilhabe und Partizipation bestimmter Gruppen ist. Beim Schutz von Risikogruppen wurde die Diversität von Menschen mit Beeinträchtigungen schlicht übersehen. Anders als Menschen ohne Beeinträchtigungen konnten Menschen mit Beeinträchtigungen häufig nicht allein über ihr Risikoverhalten entscheiden. Verordnungen galten für Wohngemeinschaften und besondere Wohnformen unterschiedslos und ohne Beachtung des sehr unterschiedlichen individuellen Risikos. Und während andere Menschen aus verschiedenen Haushalten sich nach dem Lockdown im Frühjahr wieder untereinander besuchen dürfen, galten und gelten für Nutzer*innen besonderer Wohnformen strengere Regeln.

Für ältere und pflegebedürftige Menschen erhöht sich das Risiko, besonders schwer an Covid-19 zu erkranken. Von daher war und ist es richtig, diese Personengruppe besonders zu schützen. Für viele alte und pflegebedürftige Menschen bedeuten die strikten Beschränkungen jedoch die Konfrontation mit Ausgrenzung und

WEITERLESEN

Dieser Text ist die stark gekürzte Zusammenfassung eines Berichts zu 20 vorläufigen Lehren aus Corona, basierend auf Rückmeldungen aus den Facharbeitskreisen des Paritätischen Gesamtverbands und in voller Länge auf www.paritaet.org



sozialer Isolation. Die Rechte von Bewohner*innen in Pflegeeinrichtungen dürfen nicht unzulässig eingeschränkt werden. Pflegebedürftige dürfen nicht für längere Zeit sozial isoliert werden, denn die Isolation verursacht unabsehbare Folgeschäden.

Zu den Maßnahmen, die sich als besonders kritisch erwiesen haben, gehörten auch Regelungen, die Gebärende daran hinderten, dass eine Vertrauensperson bei der Geburt anwesend sein konnte. Es gab auch Fälle, bei denen Personen auf Grund von Kontaktverboten zu Hause oder in Einrichtungen alleine im Sterben lagen. Es ist richtig, dass es hier zu Anpassungen gekommen ist. Wichtig ist, dass es bei zukünftigen Einschränkungen im öffentlichen Leben Grenzen gibt, was die Umsetzung von Kontaktbeschränkungen betrifft.

Junge Menschen benachteiligt

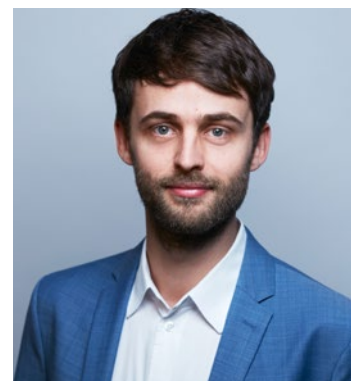
Auch die Rechte von Kindern und Jugendlichen blieben an vielen Stellen unberücksichtigt. Insbesondere in der frühen Phase wurden Kinder vor allem als Überträger*innen des Virus wahrgenommen und als diejenigen, die betreut werden müssen, damit ihre Eltern dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Sie wurden in der öffentlichen und politischen Debatte oftmals nicht als Menschen mit eigenen Rechten behandelt, die an jenen Entscheidungen zum notwendigen Pandemieschutz beteiligt werden müssen, die sie zentral betreffen. Wie stark sie unter der Isolation von Gleichaltrigen, dem Mangel an Sport-, Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten leiden oder durch die vollkommen geänderten Lernbedingungen gefordert sind, war kaum Gegenstand der politischen Diskussion. Das Fehlen von etablierten Beteiligungsgremien für junge Menschen, über die man sie gezielt in die Entscheidungen einbeziehen hätte können, wurde so einmal mehr schmerzhaft sichtbar.

Zu den wenig positiven Dingen der Pandemie zählt, dass der Umgang mit ihr die Digitalisierung in der Sozialen Arbeit rasant beschleunigt hat. In vielen Bereichen wurden kreativ und lösungsorientiert neue Arbeitsweisen, Tools und Zugänge zu Klient*innen gefunden und ausprobiert – von der digitalen Beratung Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger über digitale Zu-

gänge zum Gewaltschutzsystem bis zur Verlagerung ganzer Tätigkeiten ins Digitale, beispielsweise in der Kinder- und Jugendhilfe. Dabei ist deutlich geworden, dass es in allen Bereichen einen massiven Ausbau der digitalen Ausstattung, der digitalen Kompetenzen, Fortbildungen hinsichtlich einer veränderten Fachlichkeit im Digitalen und eine Klärung datenschutzrechtlicher Fragen bedarf.

Vieles geht nur mit persönlichen Kontakten

Mit Blick auf die bisherigen Erfahrungen ist sicherzustellen, dass eine barrierefreie digitale Teilhabe sichergestellt ist. Dies betrifft sowohl die technischen Voraussetzungen, z.B. geeignete digitale Endgeräte für alle Schüler*innen, als auch die Vermeidung einer Kluft zwischen positiven und negativen Erfahrungen mit digitalen Angeboten. So positiv an vielen Stellen die Potentiale digitaler Angebote eingeschätzt werden, so eindrücklich ist auch die Erfahrung, wie unersetzlich persönlicher Kontakt in der Sozialen Arbeit ist. Die häufig über Nacht zur Verfügung gestellten digitalen und telefonischen Angebote konnten in der schwierigen Zeit des Lockdowns helfen. Dauerhaft können sie aber persönliche Beratungsangebote nur ergänzen, nicht ersetzen. Schließlich erfordern viele Aufgaben der Sozialen Arbeit ein besonderes Vertrauensverhältnis, welches nicht ohne persönliche Kontakte hergestellt werden kann.



Dr. Jonas Pieper ist Referent für übergreifende Fachfragen beim Paritätischen Gesamtverband.

WAS WURDE ZUR BEWÄLTIGUNG DER CORONA-PANDEMIE IN DER LANGZEITPFLEGE ERREICHT?



Vor dem Hintergrund der Berichte aus Wuhan und Bergamo über das Infektionsgeschehen und über die verheerenden Folgen starteten ab Mitte Februar 2020 im engeren Kreis Gespräche der Spitzenverbände im Gesundheits- und Pflegewesen mit dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) zur Beratung der Lage. Es bestand anfangs keine klare, aber eine ungefähre Ahnung davon, wo das Virus ohne Gegenmaßnahme stark wüten würde, welche Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen sein werden und welche Einrichtungs- und Versorgungsformen nebst Mitarbeiter*innen es sehr schwer haben werden. Außerdem war klar, dass mit Blick auf Kontaktbeschränkungen, Besuchsverbote, Quarantänen und Einsamkeit gesellschaftliche Folgen damit verbunden sein werden. Diese Gesprächsrunden bildeten den Ausgangspunkt für zahlreiche fachliche und politische Weichenstellungen, um weitestgehend Unterstützung für die pflegerische Versorgung während der Pandemie zu gewährleisten. Die wesentlichen mit diesen Gesprächen verbundenen Ereignisse in der Pandemie lassen sich chronologisch darstellen:

PHASE 1

Schutzmaßnahmen und Mangelwirtschaft, RKI-Empfehlungen vs. klare Regelungen?

Die Nationalen Pandemie- und Hygienepläne standen im Widerspruch zur nicht vorhandenen Schutzausstattung. Diese war Mangelware und dem Bund fiel auf die Füße, dass keine Bevor-

ratung vorgenommen wurde. Daraufhin wurde ein Beschaffungsprogramm gestartet. Die Verteilschlüssel wurden dann aber konkret in den Ländern vorgenommen. Es war schon so, dass es anfangs deutlicher Worte aus der Pflegeszene bedurfte, damit die Einrichtungen auch bedacht wurden – was heute kaum noch vorstellbar ist. Von Beginn an erfolgte eine Auseinandersetzung mit den Empfehlungen des RKI, dem Kontaktpersonenschema, den PCR-Testungen, der Quarantäneregelungen und den arbeitsrechtlichen Fragen. Zahlreiche Informationen, Arbeitshilfen und Aufbereitungen des Paritätischen mussten möglichst praxisgerechte Antworten liefern – was auch meistens gelang. Hierbei war auch immer die Reflektion mit den Kolleg*innen aus dem Bundesgesundheitsministerium wichtig.

PHASE 2

Lockdown, Schutzschirm und Sonderregelungen.

Mitte März 2020 musste aufgrund des Fallgeschehens zügig der erste Lockdown vorbereitet werden, es folgten Länderverordnungen mit Kontaktbeschränkungen, Aufnahmestopps in Einrichtungen, Besuchsverbote und auch Betriebsschließungen, wie etwa bei Tagespflegeeinrichtungen. Der Bund verabschiedete Regelungen zur Kurzarbeit und auf Anraten der Pflegeverbände, Aufangregelungen für coronabedingte wirtschaftliche Auswirkungen in Pflegeeinrichtungen zu schaffen, wurde der Pflege-Rettungsschirm aufgesetzt. Der unter Beteiligung der Pflegeverbände erstellte Fragenkatalog für die Erstattungsregelungen wird bis heute fortgeschrieben. Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) verfasste und beschloss auch wg. Forderungen der Pflegeverbände Sonderregelungen im Leistungsgeschehen des SGB V, MDK-Begutachtungen und -Prüfungen wurden geändert bzw. ausgesetzt. Dies alles eröffnete Pflegeeinrichtungen Spielräume und schuf bei bürokratischen Vorgängen Entlastung.

PHASE 3

Prämie für Pflegekräfte & Erste Teststrategie.

Eine Corona-Prämie für Beschäftigte in der Langzeitpflege wurde auf die Schiene gesetzt. Sie mündete für die Träger in einem erheblichen bürokratischen Aufwand und in diversen Unsicherheiten auch in Bezug auf die Grenzbereiche zur Eingliederungshilfe usw. Ein unter maßgeblicher Initiative der Pflegeverbände fortgeschriebener FAQ-Katalog versuchte, die wesentlichen Praxisprobleme zu lösen. Außerdem wurde eine Teststrategie verabschiedet, die den örtlichen Gesundheitsdienst als verordnenden Akteur in den Mittelpunkt der Tests vor Ort stellte. Zum Sommerbeginn war dann glücklicherweise klar, dass eine flächendeckende Katastrophe ausgeblieben ist, aber verglichen mit der gesamten Mortalitätsrate zeigte sich, dass diese in Pflegeheimen sehr hoch war.

PHASE 4

Alltag mit Corona (light)?

Mit der Rücknahme von Beschränkungen in der beginnenden Sommerzeit stellte sich die Frage, wie ein Alltag mit Corona aussehen kann? Das Thema Besuchsregelungen in Pflegeheimen kam mehr und mehr auf die Agenda und damit die politische Vorgabe, dass es keine Besuchsverbote mehr geben darf. Später hat der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Sts. Andreas Westerfellhaus, dazu eine Vielzahl von bewährten Besuchskonzepten von den Pflegeverbänden erhalten und diese auswerten und zum Jahresende veröffentlichen lassen. In die Fragestellung, wie ein Leben mit Corona aussehen kann, reihte sich auch die Diskussion um Luftfilteranlagen ein – deren Finanzierung für Pflegeeinrichtungen längste Zeit ungeklärt war und im Prinzip heute auch nicht zufriedenstellend gelöst ist.

Dieser Hoffnungsträger ist weitestgehend erloschen. Für Diskussion sowohl in der Praxis als auch auf Verbändeebene sorgte zudem der im Sommer zur Veröffentlichung beabsichtigte Arbeitsschutzstandard der Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege (BGW). Dieser empfiehlt - verkürzt gesagt - Pflegekräften bei körpernahen Tätigkeiten das Tragen von FFP-2-Masken (zu diesem Zeitpunkt noch immer keine Maskenware). Die Thematik wurde umfassend bearbeitet und auf der Ebene der Gefährdungsbeurteilung relativiert. Zum Jahresende 2020 musste aufgrund der Fallzahlen das Tragen der Spezialmasken allerdings Standard werden.

PHASE 5

Schnelltest, erneute Lockdowns & Impfstart.

Auf Drängen der Pflegeverbände wurde eine Verlängerung des Pflege-Rettungsschirms bis zum Jahresende 2020 beschlossen

und dieser schließlich nochmals bis 31.03.2021 verlängert. Gleiches gilt für die Reaktivierung aller Sonderregelungen im SGB V und SGB XI, die im Sommer wieder zurückgenommen worden waren. Die Aufschiebung des Starts der Erhebung der Qualitätsindikatoren im stationären Bereich konnte ebenfalls durchgesetzt werden. Mit der überarbeiteten TestV zum Einsatz der Schnelltests Mitte Oktober 2020 überschlugen sich dann abermals die Ereignisse. Alle vorangegangenen Maßnahmen waren ohnehin immer unter Zeitdruck entstanden und auf den Weg gebracht worden.

Der Paritätische hatte bereits im Frühjahr eine verbesserte Teststrategie gefordert und mehr Unabhängigkeit der Einrichtungen vom öffentlichen Gesundheitsdienst. Das neuartige Schnelltests so kurz vor der Zulassung stehen, ist vom BMG im Spätsommer, als noch Zeit war alle Vorbereitungen zu treffen und die Verfahren für und in den Einrichtungen abzustimmen, nicht rechtzeitig kommuniziert worden. Im Ergebnis gab es enorme Anlaufschwierigkeiten. Es hat die Pflegeverbände viel Mühe und Zeit gekostet im Nachhinein die Regelungen mit dem BMG und den Kostenträgern einigermaßen praxisgerecht zu gestalten und die Refinanzierung der Durchführungskosten zu klären – die im Übrigen gar nicht vorgesehen waren. Auch waren die Tests ab Mitte Oktober noch gar nicht in den benötigten Mengen verfügbar.

Gänzlich verkannt wurde von der Politik der enorme und personell kaum realisierbare Aufwand. All dies hätte besser vorbereitet werden müssen, stattdessen wurden große Erwartungen geweckt, die auch im Zusammenhang damit standen, dass selbst bei hohen Fallzahlen weiterhin Besuche möglich sein müssen. Zwischenzeitlich wurde aus dem Lockdown light im Dezember 2020 ein härterer Lockdown und für die Pflegeeinrichtungen, von denen nun 25 % von Coronafällen betroffen waren, wurde eine generelle Testverpflichtung eingeführt. In einem Brandbrief an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn forderte der Paritätische vor Weihnachten externe personelle Unterstützung. In ähnlicher Weise überschlugen sich die Ereignisse mit der Impfverordnung, die kurz vor den Feiertagen in Kraft trat und schließlich mit dem Beginn der Corona-Impfungen in vollstationären Pflegeeinrichtungen zwischen Weihnachten und Silvester. Seit dem Spätsommer hatten die Pflegeverbände das BMG darum gebeten, frühzeitig Muster für Aufklärung usw. zur Verfügung zu stellen und die Verfahren zu klären. Das hat nicht geklappt. Schlussendlich wurde unmittelbar vor Weihnachten par ordre du mufti den Pflegeeinrichtungen eine erhebliche Mitwirkung bei der Umsetzung aufgebürdet. Dieses Finale in 2020 wird wohl keiner so schnell vergessen – wir sind den Mitarbeiter*innen in Pflegeeinrichtungen was schuldig.



Thorsten Mittag
ist Referent für Altenhilfe und Pflege/
Rechtliche Betreuung beim Paritätischen

WIR FRAGEN UNSERE MITGLIEDER

„WAS HABEN SIE AUS DEM CORONA-JAHR 2020 FÜR SICH UND IHRE ARBEIT GELERNT?“



Wenn es um die Wurst geht, werden behinderte Menschen schnell vergessen – diese Erkenntnis ist nicht neu, wurde aber lei-

der durch die Corona-Krise mal wieder bestätigt. Die neue Software für Videokonferenzen ist für die blinde Kollegin nicht bedienbar? Dann kann sie halt am Meeting nicht teilnehmen – an was soll man denn noch alles denken! Der digitale Schub, den wir alle in den letzten Monaten erlebt haben, hat für einige sehbehinderte und blinde Menschen neue Chancen eröffnet, aber auf der anderen Seite viele bei der Teilhabe abgehängt. Für uns ist daher nicht begreiflich, warum öffentliche Gelder in Milliardenhöhe ausgegeben wurden und werden, ohne dabei die Barrierefreiheit von Waren und Dienstleistungen zur Bedingung zu machen. Selbsthilfe ist und bleibt auf sich selbst gestellt, sie muss die Interessen der Betroffenen einfordern und zwar lautstark, sonst tut sich nichts. Ohne das energische Engagement behinderter Menschen wäre die längst überfällige breite gesellschaftliche Debatte zur Triage nicht in Gang gekommen. Aktuell kämpfen wir darum, dass blinde und insbesondere taubblinde Menschen in der Impfverordnung Berücksichtigung finden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ein taubblinder Mensch, der zur Kommunikation Berührung benötigt, sich bei der Impfung ganz hinten anstellen soll. Viele unserer Mitglieder leiden sehr unter den Kontaktbeschränkungen und trauen sich nicht aus der Wohnung. Wir sind froh, dass wir mit Angeboten wie unserem Corona-Ratgeber viele Menschen erreichen konnten.

Klaus Hahn, Präsident des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes

Die DGSP hat 2020 sehr viel für sich und ihre Arbeit gelernt. Wie in fast allen Verbänden und Lebenskontexten haben auch wir gelernt, uns digital auszutauschen, miteinander zu diskutieren und zu arbeiten. Dabei ist es uns gelungen, uns nah beieinander zu fühlen und ein positives Arbeitsklima zu entwickeln.



Viel wichtiger ist aber noch, was wir als DGSP-Mitglieder in den vielfältigen Herausforderungen im psychosozialen Behandlungs- und Begleitungsraum gelernt haben. Förder- und Befähigungsmöglichkeiten mussten den Hygiene- und Abstandsregeln angepasst werden. Menschen mit psychischen Erkrankungen wurden mit Hausbesuchen und telefonischen Kontakten unterstützt und konnten weniger tagesstrukturierende Angebote auf eine andere Weise nutzen. Gemeinsam mit den Kostenträgern fanden sich in vielen Bereichen kreative und kon-

struktive Lösungen.

Wir haben gelernt wie wichtig es ist, Menschen in psychischen Krisen die stationsäquivalente Behandlung zu ermöglichen. Dies sollte wie auch die SGB-übergreifende Vernetzung der Hilfen gefördert werden. Besonders die Kooperation von Klinik, gemeindepsychiatrischen Leitungserbringer und der Sozialpsychiatrischen Dienste im Interesse und in konsequenter Abstimmung mit dem Leistungsempfänger sind unabdingbar.

Die Pandemie lässt erkennen, dass Politik und Öffentlichkeit wenige Kenntnisse über die Rechte der Menschen in besonderen Wohnformen der Eingliederungshilfe und über die dort geleistete Arbeit haben. Bewohner sollten isoliert, in ihrem Ausgang und Besuchsrecht beschnitten werden. Wir haben mit anderen psychiatrischen Verbänden darauf hingewiesen, dass Menschen in besonderen Wohnformen Rechte und eigenständige Mietverträge haben, die es zu respektieren gilt.

Das Leben in der Pandemie erzeugt psychosozialen Stress. Dies wird sich in einem erhöhten Bedarf an Beratung, psychosozialer Unterstützung, psychiatrischer Behandlung und psychotherapeutischer Hilfen zeigen und dafür versuchen wir uns gut aufzustellen.

Richard Suhre, Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP)



Wir erleben in diesem Jahr diesen Gegensatz. Wir mussten uns von Themen verabschieden, die wir in der Politik nach vorne gebracht

haben und feststellen, dass Forderungen zur Realisierung einer inklusiven Gesellschaft obsolet sind, Erreichtes nichts mehr bedeutet und Selbstbestimmung und Teilhabe mit einer Pandemie enden. Die Gefahren sind riesig und der Alltag komplett auf den Kopf gestellt. Und wir mit allen Menschen mit Behinderung mit-tendrin und nicht gesehen. Darf das wahr sein? Menschen mit Behinderung müssen mehr Einschränkungen akzeptieren als andere. Hier merken wir, wie fragil die zarten Pflänzchen des Zusammenlebens sind, wie schnell erreichte Inklusion über Bord geworfen wird und unsere besonderen Menschen auch in der öffentlichen Darstellung fast komplett verschwinden. Dabei waren sie so diszipliniert, oft so einsichtig und vorsichtig, wie wir es von allen Menschen gewünscht hätten.

Diese Krise hat aber auch enorme Kreativität, Ideen und Lösungen freigesetzt. Dabei werden viele neue, erfreuliche und verblüffende Erfahrungen erlebt. Manchmal wird von ungewohnter Nähe erzählt, anderen – neu entdeckten – Betätigungsfeldern, intensiverem Zusammenleben und überraschendem Glück.

Aber: Es ist auch viel die Rede von Einsamkeit, vom Sich-zurückziehen, von Traurigkeit und Hilflosigkeit.

An die „Snutenpullis“, wie die atem-(be)raubenden Tücher im Norden heißen, können wir uns ja vielleicht gewöhnen, aber nicht an den Verzicht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auf soziale Kontakte, auf Selbstbestimmung und Wertschätzung der besonderen Lebenssituationen.

Helga Kiel, Vorsitzende des Bundesverbands für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e. V. (bvkm)

BESSER LÖSUNGEN SUCHEN STATT PROBLEME WÄLZEN

WIE DIE LEBENSHILFE GERMERSHEIM DIE CORONAKRISE MEISTERT

Die Lebenshilfe im Kreis Germersheim (Pfalz) ist Trägerin verschiedener Wohnformen, Einrichtungen und Diensten der Eingliederungs- sowie der Kinder- und Jugendhilfe. Sie begleitet Erwachsene, Jugendliche und Kinder mit und ohne Beeinträchtigungen in allen Lebenslagen.

Die Pandemie hat die Lebenshilfe hart getroffen. Geschäftsführerin Susanne Rößler berichtet: „Unsere Kindergärten, die Seniorengruppe und die Tagesförderstätte mussten schließen, unsere Integrationshelfer wurden in Kurzarbeit geschickt. Beratungsangebote und Hilfeplangespräche führten wir im Freien durch. Durch besondere Gefährdungen unserer Bewohner*innen wurden unsere Wohnformen von der Außenwelt abgeschirmt. Für die von uns betreuten Menschen ist die Corona-Pandemie eine besondere Herausforderung. Das Tragen der Masken, die Abstands- und Hygieneregeln ist für unser Klientel nur schwer umsetzbar. Sie sind auch verunsichert darüber, dass Betreuer*innen Masken tragen und die gewohnte Nähe nicht möglich ist. Kurz nach dem ersten Lockdown haben wir einen Krisenstab gebildet. Die regelmäßige Bewertung der aktuellen Situation, Schutzmaßnahmen und Aufrechterhaltung der Dienste standen im Vordergrund.

Wir erstellten Pandemiepläne, Hygienekonzepte, haben alle Beteiligten unterwiesen, errichteten eine Quarantänestation, organisierten Schutzrüstung, führen Schnelltests durch u. s. w. Wichtig war und ist jedoch nicht nur Schutz unserer Klient*innen, sondern auch für sie Möglichkeiten zu schaffen, soziale Kontakte und die Beschäftigung aufrecht zu erhalten. Deshalb haben wir vorhandene Angebote modifiziert und neue Aktivitäten entwickelt.

Die Musikgruppe „BUNT“ z. B. nahm an der örtlichen Aktion „Musik aus dem Fenster“ teil und präsentierte in eindrucksvoller Weise das Lied „Von guten Mächten“ von Dietrich Bonhoeffer. Damit folgte sie dem Aufruf, alle von der Pandemie betroffenen Personen (Erkrankte, Patient*innen, Ärzt*innen, dem Pflegeper-



sonal, arbeitende Bevölkerung im Einzelhandel etc.) zu unterstützen und die Solidarität zu bekunden.

Bewohner*innen der Wohnheime durften nach den Corona-Verordnungen gar nicht bzw. eingeschränkt Besuch erhalten. Während des Total-Lockdowns bestand die Möglichkeit, mittels gespendeten Tablets zu skypen oder zu schreiben. Später dann fanden im Freien oder in eigens dafür bereitgestellten Räumlichkeiten viele Besuchskontakte statt. Kontaktplätze wurden weitestgehend besucherfreundlich gestaltet.

Auch im Förderkindergarten und in der Tagesgruppe für Vorschulkinder „Wilde 13“ waren die Auswirkungen der Pandemie in der ersten Phase deutlich zu spüren. Der Betrieb wurde auf eine Notgruppe beschränkt. Die Familien, deren Kinder zu Hause bleiben mussten, wurden wöchentlich mit Ideenboxen versorgt und bekamen dadurch neue Spielideen und Fördermöglichkeiten.

Ähnlich verhielt es sich mit der Hausrühförderung.

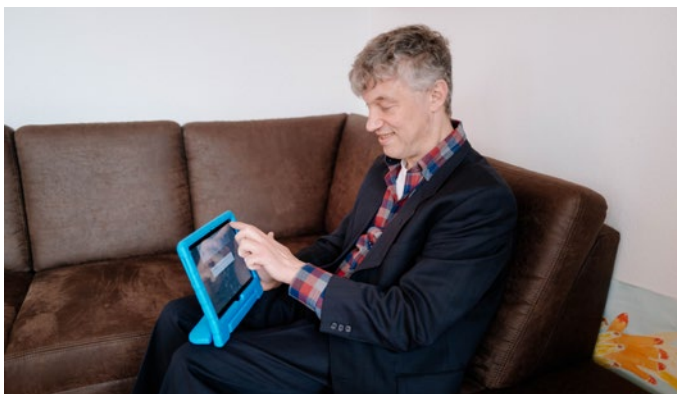
Alle Maßnahmen wurden in das seit vielen Jahren etablierte Qualitätsmanagement eingebettet. Sogar die Zertifizierung im Paritätischen Qualitäts-Siegel wurde im Sommer als Fernaudit durchgeführt. Die Lebenshilfe Kreis Germersheim ist Mitglied der Paritätischen Qualitätsgemeinschaft Rheinland-Pfalz – Saarland. Nicht nur fachliche Informationen des Verbandes, sondern auch Austausch mit anderen Mitgliedern sind in der Krise sehr wertvoll.

Der Wille, die Krise gemeinsam zu meistern und kreative Lösungen zu finden hat das vertrauensvolle Miteinander mit allen, die uns seit vielen Jahren unterstützen, verstärkt und uns als Team zusammengeschweißt.

Ines Möhle ist Qualitätsmanagementbeauftragte der Lebenshilfe Kreis Germersheim

Mehr Informationen auf www.lebenshilfe-ger.de

Die Fotos wurden uns von der Einrichtung zur Verfügung gestellt.



WÄHREND CORONA IM EINSATZ

Die einen gehen ins Home-Office, die anderen haben erhöhten Einsatz unter erhöhtem Risiko: Beim Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Ostwestfalen-Lippe in Bielefeld müssen die Mitarbeitenden enorm aufpassen und sich ständig auf neue Entwicklungen einstellen.

Bei der neuen Geschäftsstelle des ASB in Bielefeld gibt es jetzt eine Corona-Schnellteststation. An einem Schild zur Einfahrt stehen die Instruktionen: „Nur mit Termin. Bitte im Auto sitzen bleiben.“ Am Gebäude herum um die Kurve ist die Zufahrt. Eine Sanitäterin in Schutzkleidung wie bei einem Weltraumeinsatz steht bereit, um am offenen Autofenster die Probe zu entnehmen. Zuvor hat Sanitäterin Joyce Pankoke bereits die Daten aufgenommen.

Selbstzahler, Corona-App, übers Gesundheitsamt oder via „Gutschein“ eines Lehrpersonals, der Grund für einen Test ist zwar immer ein Corona-Verdacht, die Wege ins Test-Drive-In jedoch sind vielfältig. „Das alles muss aufgenommen werden, damit wir auch wissen, ob die Rechnung selbst oder von jemanden anderen bezahlt wird“, erklärt Michael Mausolf. Er behält als Einsatzleiter die verschiedenen Entwicklungen für sein Team im Blick. Kein einfaches Unterfangen bei dem Tempo an Veränderungen: „Nach dem Stand vom 9. November haben sich die Bestimmungen schon bestimmt 13 Mal verändert“, schätzt der Bielefelder. Hinzukäme, dass die Handlungsvorgaben von Stadt zu Stadt, Kreis zu Kreis und Gesundheitsamt zu Gesundheitsamt unterschiedlich seien.

Seit Ende Oktober betreibt der ASB neben dem städtischen Testzentrum dieses zusätzliche Testangebot an seiner Geschäftsstelle an der Schillerstraße. Nach den Herbstferien gab es aufgrund der Reiserückkehrer einen hohen Testbedarf. Die Reisen sind weggefallen, der Bedarf ist geblieben. Die Arbeitswege haben sich jedoch bereits verbessert, um dem hohen Aufwand gerecht zu werden, auch wurde mehr eingestellt: „Wir haben zuerst viele Anfragen telefonisch über die Zentrale bearbeitet“, berichtet Nadine Engel Fratz vom ASB. Dieser Aufwand sei aber schwierig zu gewährleisten gewesen.

Mittlerweile gebe es über Corona-Spenden ein neu eingerichtetes digitales Tool, das viele Fragen bereits vorab beantwortet und Termine digital vergibt. „Wählen Sie Ihren Test-Anlass“, heißt es auf der Homepage, der User wird von Frage zu Frage weitergeleitet. Die Digitalisierung ist durch Corona auch beim ASB-Bielefeld beschleunigt worden.

Mehr Angst im Bus als bei der Arbeit

Ein Fahrradfahrer kommt ins Test-Drive-In gefahren, auch das gibt es. Die Sanitäterin Joyce Pankoke empfängt ihn: „Warum wollen Sie sich testen lassen?“, fragt sie. „Ich hab Kontakt gehabt.“, antwortet der Fahrradfahrer. „Also zahlen sie selbst?“, der Patient zeigt sein Handy, die Corona-App leuchtet rot – naher Kontakt zu einem Infizierten. Das bedeutet, die Krankenkasse übernimmt. Pankoke nimmt die Daten auf und holt das Einverständnis ein, das Testergebnis digital abrufen zu können. Anschließend reicht sie den Bogen bei einem weiter hinten stehenden Einsatzfahrzeug durch das Fenster. Hier nehmen Mitarbeitende die Daten entgegen und tragen sie in mit Nummer im Computer ein. Die Übermittlung ans Labor und Gesundheitsamt, auch das läuft jetzt digital. Vorher seien Datenübermittlungen sogar teilweise noch über Fax gelaufen, weiß Mausolf.

Vier bis fünf Kontakte am Tag hat Joyce Pankoke nach eigener Einschätzung zu positiv Getesteten. Bei ihrer Arbeit empfinde



Einsatzleiter Michael Mausolf entnimmt einen Abstrich aus dem Auto heraus.



Katharina Hustermann vor einer Dienstreise: Der Aufenthaltsraum vom Ambulanten Pflegedienst ist durch die Pandemie zur reinen Packstation geworden.

sie keine Angst – sondern Respekt: „Wir haben Schutzkleidung und sind im Umgang mit den Infizierten geschult worden.“ Größere Angst hätte sie im öffentlichen Raum, im Bus oder im Lebensmittelgeschäft. Dennoch schränke sie sich im privaten Umgang ein, „wie es jeder machen sollte“ und spüre eine leicht höhere Arbeitsbelastung. Es gebe etwas mehr Überstunden. Aber generell hätte sich die Arbeit eher verlagert: „Früher war ich öfter bei Veranstaltungen im Einsatz, jetzt mache ich oft Abstriche“, erklärt die Bielefelderin.

Der Patient auf dem Fahrrad soll weiterfahren zur tatsächlichen Teststation, da zieht gerade ein Sanitäter die zweite Schicht Handschuhe über, bevor er das Teströhrchen in die Hand nimmt. Neben dem Ganzkörperoverall und der Schutzbrille trägt er ebenfalls eine FFP2-Maske. „Mund auf“, sagt er zum Patienten und „es wird jetzt etwas unangenehm.“ „Das wars schon?“, fragt der Getestete danach ungläubig. „Wir testen hier im Mund“, erklärt Einsatzleiter Mausolf, weil das Ergebnis über den Nasentest nur minimal genauer aber dafür maximal unangenehmer sei. Der Sanitäter zieht seine oberen Handschuhe wieder aus, desinfiziert das Paar darunter und zieht neue darüber. In Zeiten der Pandemie benötigen die Mitarbeitenden ein Vielfaches an Schutzkleidung. „Der Engpass an Schutzkleidung war im März ein Problem“, erinnert sich Mausolf. Damals habe er einen großen Teil seiner Arbeit darauf verwendet, Masken zu besorgen. Mittlerweile sei man an dem höheren Bedarf gewöhnt.

Die Erfahrungen hat auch Nele Tiemann, die Leiterin des ambulanten Pflegedienstes, gemacht: Man sei „mit der Pandemie gewachsen“ und auf vieles eingestellt gewesen. Nur an Schnelltests mangle es gerade. Nach einer Verordnung für die Arbeit mit alten Menschen müssten jetzt sogar regelmäßig eigene Schnelltests gemacht werden, dafür gab es sogar eine Schulung für die Mitarbeitenden, aber akut seien die Tests kaum lieferbar. Zudem gingen die Testvorgaben zu Lasten der Einrichtungen. Schließlich gebe es kein zusätzliches Testpersonal, auch würde zwischen Abstrich und Ergebnis Zeit vergehen.

Ein Lächeln ist unter der Maske schlecht erkennbar

Die Leiterin zeigt die Materialschränke im sonstigen Aufenthaltsraum des ambulanten Pflegedienstes. Der Medikamenten-Schrank ist abgeschlossen, hier lagern auch die vorrätigen Tests. Derzeit nutzen die Mitarbeitenden den Raum eher als Packstation für die nächsten Patienten, zu denen sie fahren, als für einen Aufenthalt. Rainer Schwede packt gerade seine Tasche, ebenfalls mit FFP2-Maske im Gesicht.

„Wir haben die Regelung getroffen, dass man sich untereinander nicht mehr so sieht“, erklärt Tiemann. Dementsprechend würden momentan keine Teambesprechungen stattfinden sowie generell weniger Austausch. Dienstbesprechungen seien zum Teil online, aber nicht alle Pflegekräfte seien für diese Art der Kommunikation zugänglich. Dass die Kommunikation im Team wegfallen, sei schwierig: „Das Team wächst normalerweise durch den Austausch untereinander, man merkt schon, dass sie es vermissen“, sagt Tiemann. Insgesamt seien die Mitarbeitenden bei dem Umgang mit den alten Patienten von einer Angst begleitet, sie anzustecken, weshalb sie im Privaten und im Beruf vorsichtig seien.

Und die Senior*innen? Sie hätten viel Verständnis aber auch dieser Kontakt sei jetzt von Einschränkungen geprägt, erläutert Tiemann. Der Pflegedienst lebe auch von einem sozialen Miteinander, ein Lächeln sei jedoch unter der Maske schlecht erkennbar. Insgesamt sei die Arbeit stark eingeschränkt. Ein Trostpflaster in diesen schwierigen Zeiten mag wohl der Corona-Bonus gewesen sein, den der ASB an die Mitarbeitenden im vollen Umfang ausgezahlt hat. Dass langfristig durch die höhere Aufmerksamkeit in der Finanzierung der Pflege spürbare Verbesserungen folgen, die eine höhere Entlohnung in den Pflegeberufen zur Folge haben, daran glaubt Tiemann persönlich aber nicht.

Annabell Fugmann

DIE GEMEINSCHAFT DER SELBSTHILFE – EINE MEDIZIN MIT POSITIVEN NEBENWIRKUNGEN

Die Selbsthilfe in Deutschland ist hart betroffen von der Corona-Pandemie. Treffen von Selbsthilfegruppen finden nicht oder kaum noch statt. Rheumatiker*innen beispielsweise können zudem das für sie wichtige Funktionstraining in Gruppen nicht wahrnehmen. Zwar gibt es die Möglichkeit, dass Gruppen sich zu Videokonferenzen verabreden können und auch eine Reihe digitaler Bewegungsangebote, aber sie sind kein Ersatz für echte Begegnungen. Es fehlt das vertraute Miteinander und der Austausch.

In Marianne Korinths Smartphone regnet farbenfrohes Konfetti herab: Sie ist heute ihre 6.000 Schritte schon gegangen und wird dafür bunt belohnt. Bewegung ist für die 59-jährige Bremerin das A und O, damit ihre Beweglichkeit trotz der schweren Rheumaerkrankung erhalten bleibt. Schon vor 15 Jahren hatte sie einen ersten und schweren rheumatischen Schub, lag mehr in Kliniken als zu Hause. Viele Therapiemethoden hat sie in diesem ersten Jahr ihrer Erkrankung ausprobiert. Geholfen hat am meisten Bewegung im warmen Wasser. Und diese Erfahrung war später ihre Brücke zur Deutschen Rheuma-Liga. Denn die mit 300.000 Mitgliedern größte deutsche Selbsthilfeorganisation im Gesundheitsbereich bietet in allen Landesverbänden und dem Mitgliedsverband Deutsche Vereinigung Morbus Bechterew das sogenannte Funktionstraining an. Auch für Nicht-Mitglieder. Es wird von einem Arzt verordnet und findet entweder als Warmwassergymnastik oder in einer Halle als Trockengymnastik und vor allem immer in einer Gruppe statt. Denn Studien zeigen: Rheuma-Betroffene kommen mit ihrer Krankheit in Gesellschaft besser zu recht. Die Gespräche mit anderen Betroffenen tun der Seele gut und fördern die Resilienz.

Allein in Bremen sind es rund 8000 Rheumabetroffene, die von 450 Kursen der Deutschen Rheuma-Liga profitieren bzw. profitierten – bis Mitte März 2020. Denn seit der Corona-Pandemie ist alles anders – nicht nur in Bremen, sondern bundesweit fallen die professionell angeleiteten Funktionstrainings aus. Dies kann mitunter für Rheumatiker*innen schlimme Folgen haben: Starke Schmerzen und Bewegungs einschränkungen. Nicht nur die Be-



wegungsangebote in Gemeinschaft finden nicht statt, auch die Selbsthilfegruppen der Rheumatiker*innen haben eine Zwangspause. Marianne Korinth leitet solch eine Selbsthilfegruppe für 30- bis 60-Jährige von Rheuma Betroffene seit vielen, vielen Jahren. „Hier darf man auch mal zeigen, wenn es einem nicht gut geht und nichts kaschieren“, erzählt sie. Hier informieren sich Menschen über ihre Diagnosen, über Erfahrungen mit Medikamenten und Behandlungsoptionen. Mit Betroffenen, für Betroffene.

Funktionstraining jetzt via WhatsApp

Marianne Korinth bleibt seit März 2020 mit allen aus der Gruppe in Kontakt. Sie fühlt sich als Gruppenleiterin für einen Dialog untereinander verantwortlich – trotz Corona oder vielmehr wegen Corona. Manchmal fragt sie schlicht in die Runde, „wie geht es Euch allen?“ Oder weist auf digitale Angebote der Rheuma-Liga hin, verschickt die Newsletter des Landesverbands oder andere Informationen. Über WhatsApp hat sie u.a. für das 20-minütige Funktionstraining des Landesverbands Bremen geworben. Es wurde mit einem der besten Physiotherapeuten, der mit Rheumatiker*innen arbeitet, gedreht. Es soll jeden und jede motivieren, in Bewegung zu bleiben. „Das Video ist toll“, findet Marianne Korinth, „aber ich gebe zu, es fällt mir allein viel schwerer, meinen inneren Schweinehund zu überwinden und das Training zu absolvieren.“ Sie findet es auch bedenklich, dass niemand kontrolliere, ob sie die Übungen richtig mache, eventuell könne sie sich selbst schaden. „Im Kurs kennt mich der Anleiter, er sagt dann schon mal, „Frau Korinth, Sie mit Ihrer Schulter, bitte lassen Sie diese Übung aus.“

Ebenso hat der Landesverband Baden-Württemberg ein umfangreiches Online-Bewegungsprogramm ins Netz gestellt, niedrigschwellig und allen zugänglich. Auch die Entspannungs-App Rheuma-Auszeit hilft den Mitgliedern in der Corona-Zeit. Es mangelt also nirgends an kreativen Ideen, um die Zeit der Kontaktbeschränkungen zu überbrücken.

Fakt ist hierbei: Die Digitalisierung hat mit der Corona-Pandemie die Selbsthilfebewegung erreicht. Das Thema ist so bedeutsam geworden, dass beispielsweise die Selbsthilfebüros der Paritätischen Projekte gGmbH in Hessen gemeinsam mit dem Selbsthil-



Wandern, schwimmen, turnen... Nur drei Aktivitäten für Rheumapatient*innen, die während der Pandemie nicht wie gewohnt durchgeführt werden können. Die Rheumaliga muss kreativ und flexibel werden.

fe e.V. Frankfurt am 14. November 2020 ihren 1. Virtuellen Selbsthilfetag mit rund 200 Teilnehmenden veranstaltet haben. Obwohl virtuelle Treffen für Selbsthilfe-Gruppen ungewohnt und nicht vorgesehen sind. Die Selbsthilfe lebt schließlich von persönlichen Kontakten und dem Austausch in größeren Runden. Jetzt sind es Video- und Telefonkonferenzen, der YouTube-Kanal, Facebook oder WhatsApp, mit denen sich beholfen wird. Aber die Bilanz der digitalen Fachveranstaltung in der Tagungsdokumentation des Paritätischen Landesverbands Hessen lautet: „Ohne persönliche Kontakte geht es auf Dauer nicht.“ Ein zweites Ergebnis ist, dass die Akzeptanz von Online-Angeboten noch darunter leidet, dass viele den Datenschutz im Netz und in Video-Konferenzen, wo es ja um sehr persönliche wie vertrauliche Informationen geht, als nicht ausreichend gewährleistet ansehen. Die Verunsicherung ist noch groß. „Und gar nicht nur die Älteren sind skeptisch“, weiß auch Marianne Korinth, „auch die Jüngeren.“ Die Frage sei, wie geschützte Austauschräume geschaffen werden können, um auch die ganz Vorsichtigen zu überzeugen.

Warten auf die nächste Lockerung

Noch organisieren sich Selbsthilfe-Gruppen „eher unstrukturiert und nutzen kleinere Lösungen, wie über WhatsApp und mit dem Telefon zu kommunizieren“, schildert Romy Kauß, Referentin Gesundheit und Selbsthilfe im Paritätischen Landesverband Sachsen-Anhalt. Aber die Präsenzlücke schmerzt, oft werde nachgefragt, wann es endlich wieder richtig losgehe. Allein in Sachsen-Anhalt gibt es rund 1.200 Selbsthilfegruppen, die darauf warten, sich wieder regelmäßig in gewohnter Weise – im echten Leben – treffen zu können. Bundesweit, so schätzt die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS), sind es zwischen 70.000 und 100.000 Selbsthilfegruppen mit etwa 3,5 Millionen Engagierten. Alle warten. Und nun steht die Ampel wieder auf Rot und auf Stopp für die Gruppentreffen. Niemand kann sagen, wann die nächste Lockerung kommt, wann Kontaktbeschränkungen aufgehoben werden. Auch wenn seit März 2020 Beratungs-, Unterstützungs- und Bewegungsangebote in verschiedenen medialen Formaten auch für die Selbsthilfe zunehmen, „werden viele dieser digitalen Angebote, wie zum Beispiel ein Gruppentreffen als Videokonferenz, nicht gut angenommen“, bedauert Romy Kauß. Es sei noch ein langer Weg, bis die Chancen der Digitali-

sierung von allen gesehen werden. „Das dauert noch zehn Jahre“, schätzt sie.

Ursula Faubel, Geschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Rheuma-Liga, hofft, dass die vielfältigen Online-Formate langfristig dazu führen, „dass zunehmend mehr Menschen sich an Selbsthilfe-Angeboten beteiligen können“. Denn heute noch könne eine eingeschränkte Mobilität oder eine zu lange Anfahrt Interessierte ausschließen.

Endlich mal wieder ins Wasser steigen

Die Vorteile der Digitalisierung sind in vielen gesellschaftlichen Feldern nicht von der Hand zu weisen. Aber ein reines Online-Erleben wird sich wohl in der Selbsthilfe wie auch bei den Funktionstrainings für Rheumatiker*innen nicht durchsetzen und hat seine Grenzen, weil das gemeinschaftliche Erlebnis ausbleibt. Marion Korinth möchte nicht nur lieber wieder ins warme und wohltuende Medium Wasser steigen können, um ihre Übungen zu machen, sie möchte auch lieber das Schnattern, Jammern und Lachen ihrer Partner*innen hören als nur dem leisen Konfettiregen auf ihrem Smartphone zuzusehen. Sie möchte auch in ihrer Selbsthilfegruppe Neuankommlinge persönlich begrüßen und wieder gemeinsam das letzte Jahr mit einem gemeinschaftlichen Weihnachtsessen abschließen.

Viele Landes- und Mitgliedsverbände der Deutschen Rheuma-Liga bereiten sich nun darauf vor, „dass Funktionstraining in einem Gruppensetting online anzubieten“, verrät Ursula Faubel. Noch aber arbeiten die Verbände an Lösungen, wie der Datenschutz gewährleistet werden kann. Selbst wenn hier alles in trockenen Tüchern ist, wird Marianne Korinth trotzdem noch nicht ihre heilsame Warmwassergymnastik machen können. So etwas wurde bislang online noch nicht erfunden, und leider weiß noch niemand, wann Stadtbäder oder Wasserbecken von Seniorenheimen wieder für Bewegungskurse der Deutschen Rheuma-Liga nutzbar sind. Aber gut, dass es noch buntes Konfetti als Motivationsmotor gibt.

Verena Mörath

Weitere Informationen unter www.rheuma-liga.de

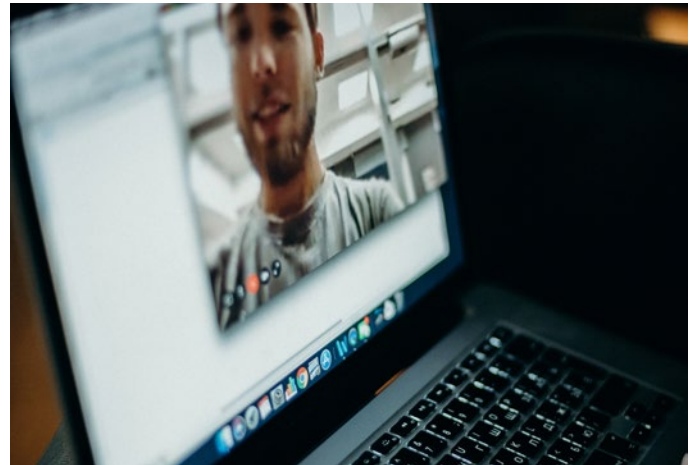
ERSTER VIRTUELLER SELBSTHILFETAG IN HESSEN: EIN TOLLES PUBLIKUM UND ENGAGIERTE GASTBEITRÄGE

Am Samstag 14.11.2020 veranstalteten die Selbsthilfebüros der Paritätischen Projekte gGmbH gemeinsam mit dem Selbsthilfe e.V. Frankfurt ihren 1. Virtuellen Selbsthilfetag. Ein neues Format, insbesondere für die Selbsthilfeaktiven, die naturgemäß großen Wert auf persönliche zwischenmenschliche Kontakte legen. Die Selbsthilfe wurde in diesem Jahr durch die Corona-Pandemie hart getroffen und viele Gruppen kämpfen mit der Herausforderung, trotz Kontaktbeschränkungen weiter füreinander da zu sein, einander zuzuhören und Unterstützung zu bewahren.

Dass Selbsthilfegruppen in dieser schwierigen Krise vielleicht noch wichtiger sind, als bisher würdigte auch Herr Ministerpräsident Volker Bouffier, der als Schirmherr der Veranstaltung mit einer Videobotschaft die Teilnehmenden begrüßte: „Ich hoffe, dass Sie all die Menschen, von denen man häufig gar nicht weiß, mit welchen Herausforderungen sie sich beschäftigen müssen, weiter begleiten können“. Bei dieser Gelegenheit dankte er auch den vielen Ehrenamtlichen in Hessen, die sich in Selbsthilfegruppen umeinander kümmern und Leid mindern.

Der Geschäftsführer der Paritätischen Projekte gGmbH, Herr Jörg Gonnermann begrüßte die rund 200 Gäste des virtuellen Formats und lobte den Ideenreichtum der Selbsthilfeaktiven, mit Videokonferenzen und barrierefreien Formaten die Zeit des Lockdowns zu überbrücken. Den Auftakt bildet ein Podiumsgespräch, moderiert von den Mitarbeitenden der Selbsthilfebüros in Frankfurt, Offenbach und Groß-Gerau. Der Einladung zum Gespräch „Selbsthilfe mal Anders“ über die Selbsthilfe in Coronazeiten waren Aktive aus den Gruppen AA Young People Frankfurt (Anonyme Alkoholiker), Frauenselbsthilfe nach Krebs Offenbach und „Cocaine Anonymous Darmstadt“ gefolgt. Für alle drei war klar: „Ohne persönliche Kontakte geht es auf Dauer nicht“. Gleichwohl haben alle Gruppen Telefon- und Videokonferenzen ins Leben gerufen, um trotz Corona Treffen zu realisieren. Ein interessanter Nebeneffekt: Inzwischen haben sich auch Menschen den Gruppen angeschlossen, die aus allen Regionen Deutschlands kommen. Darum sollen auch nach Corona hybride Treffen stattfinden. Dabei treffen sich einige Menschen persönlich und weitere schalten sich per Video dazu. Ausprobiert wurde es bereits und funktionierte gut.

Die Podiumsteilnehmer*innen ermutigten das Publikum selbst virtuelle Treffen auszuprobieren. „Kathy“ von den AA Young People bot spontan ihre Unterstützung in technischen Fragen an und zeigte damit einmal mehr den großen Zusammenhalt und



das Engagement in der Selbsthilfe.

Im Anschluss an das Eröffnungspodium hatten die Gäste die Möglichkeit, zwischen 18 weiteren Angeboten zu wählen. Sehr gefragt waren der Chat zum Thema Datenschutz in der virtuellen Selbsthilfe und die Information zur Selbsthilfeförderung durch die Gesetzliche Krankenversicherung. Auch die Beiträge zur Chronischen Erschöpfung nach Infekten (wie Corona) und zu Chronischen Schmerzerkrankungen erfreuten sich großer Besucherzahlen.

Im Beitrag zum Hören und Verstehen unter den Bedingungen von Corona machte die Referentin Gabi Schmitka von osthessischen „Hörtreff Künzell“ deutlich, wie schwierig Kommunikation für Hörbehinderte durch das Tragen von Alltagsmasken geworden ist, da diese die Mimik des Gegenübers verbergen. Insbesondere im Krankenhaus, wenn Ärzte Diagnosen mit Maske vortragen, entstünden mitunter prekäre Situationen.

Das Gespräch über narzisstischen Missbrauch und Gewalt in Elternhaus, in Beziehungen und im Beruf zog, noch während der Veranstaltung, mehrere Anfragen zur Teilnahme in der Darmstädter Selbsthilfegruppe bzw. Gründung einer neuen Gruppe im Odenwald hervor.

Im Chat mit Christine Müller vom Suchtlotseennetzwerk Rhein-Main gab es viele interessierte Nachfragen zum Engagement als Suchtlotse*in und zur Möglichkeit, sich bei Alkohol- oder Drogensucht durch eine*n Lots*in begleitet zu werden.

Das Interesse am Engagement freute auch Hajo Müller, der von der Tätigkeit als Lotse berichtete. Er stellt fest, dass gerade im vergangenen halben Jahr die Anfragen deutlich zugenommen hatten.

Neben vielen interessanten Informationen gab es das Bewegungsangebot „Energy-Yoga im Sitzen, kulturelle Angebote, wie ein Poetry Slam mit der Jungen Selbsthilfe Frankfurt sowie Geschichten und Lieder mit dem Musikbotschafter der Elfenbeinküste Dr. Urbain N'Dakon, die freudig angenommen wurden.

Insgesamt blickt das Organisationsteam auf einen erfolgreichen Tag zurück: „Die Inhalte waren spannend, die Besucher*innen sehr interessiert. Trotz der Distanz war eine sehr gute Stimmung spürbar. Uns erreichten viele wertschätzende Kommentare und Fragen. Wir hatten ein tolles Publikum und viele engagierte Gäste. Das motiviert uns, den digitalen Weg weiter zu gehen!“

Margit Balß ist Regionalgeschäftsführerin der Regionalgeschäftsstelle Darmstadt beim Paritätischen Hessen

DREI FRAGEN AN EBERHARDT WOHLLEBER VON DER FREIWILLIGEN SUCHTKRANKENHILFE E.V.

Die Freiwillige SuchtkrankenHilfe in Bad Homburg ist ein Selbsthilfverein zur Unterstützung für alkohol-, medikamenten-, drogenabhängige Menschen und deren Angehörige auch verhaltensbezogene Suchterkrankungen, wie etwa Spielsucht. Wir sprachen mit dem hiesigen Mitarbeiter Eberhard Wohlleber über Corona und Suchterkrankungen.

Herr Wohlleber, welche Herausforderungen hatte das Corona-Jahr 2020 speziell für suchtkranke Menschen?

Corona bedingt bei den Gruppenbesuchern persönliche, familiäre, jobbezogene und gesundheitliche Probleme; psychische Belastungen haben zugenommen. Das Netzwerk ist innerhalb von Tagen weggebrochen. Die Belastungen durch die durchgängige Nähe der ganzen Familie (Kontrolle, erschwerte Beschaffung,..) werden durch enge Wohnsituation verstärkt. Die Unsicherheit über die Zukunft belastet psychisch Kranke ungemein mehr als Gesunde. Die Intimsphäre für Telefonkonferenz etc. ist oft nicht gegeben.

Drohende Kurzarbeit oder Entfall der Arbeitsstelle stellen eine Zusatzbelastung dar, die auf ein vermindert leistungsfähiges Notfallsystem trifft. Hier ist der Griff zum Suchtmittel ein logischer Schritt für alle, die in ihrer Sucht nicht stabilisiert sind. Bestehende Depressionen werden durch Hilfslosigkeit, Vereinsamung, Verzweiflung verstärkt.

Und vor welchen besonderen Herausforderungen stand dabei Ihre Arbeit in der Suchtselbsthilfe?

Die FSH hatte keine Chance, sich auf diese Situation vorzubereiten. Es entfielen die Räume für die Gruppenarbeit. Wir sind in Räumen von Altenheimen, Krankenhäusern etc. aktiv, der Zugang wurde gestoppt. In anderen Räumlichkeiten sind die Raumgrößen nicht gegeben. Wir stoppten das Angebot für ca. 5 Wochen, diese Zeit nutzten wir um alternative Möglichkeiten zu eruieren. Wir suchten für fast alle Gruppen neue Räume. Fanden wir diese nicht in den bestehenden Gebäuden, mussten sie angemietet werden. Trotz dieser massiven Hürden konnten wir nach ca. 4 Wochen wieder mit Präsenzgruppen beginnen.

Als bei Verschärfung der Maßnahmen Präsenzgruppen nicht mehr möglich waren, mussten wir auf technische Lösungen umstellen. Bei der Erhebung der Teilnehmerwünsche ergab sich, dass das Telefonconferencing bevorzugt wurde, wir das also einsetzten. In den ersten Wochen war die Teilnahme hoch bei ca. 80% der Besucher, das Interesse lies nach einigen Wochen nach.



Als sich abzeichnete, dass die Corona-Situation sich lange nicht ändern wird, wurde Videokonferenz wieder zum Thema. Wir prüfen jetzt den additiven Einsatz. Von Seiten der Teilnehmer ist das Problem, dass teilweise weder die technischen Mittel noch die Kenntnisse der Nutzung vorhanden sind und in einigen Fällen auch eine Ablehnung der Technik besteht. Für neue Besucher haben wir eigens eine Telco- Gruppe eingerichtet, um die Vertraulichkeit in den Bestandsgruppen zu wahren.

In dieser Situation war zu beachten, dass die Vereinsarbeit sich radikal wandelte. Alle Mitglieder mussten auf Telefon- und Videoconferencing geschult werden, nicht nur technisch, sondern auch die inhaltliche Führung der Gruppe ändert sich massiv durch die fehlende Präsenz. Die auf Außenwirkung und Mitgliederwerbung ausgerichtete Öffentlichkeitsarbeit entfällt fast zu 100%.

Was werden Sie für Ihre Arbeit für die Zeit nach der Corona-Krise mitnehmen?

Die Selbsthilfe wird sich dauerhaft mit technischen Lösungen auseinandersetzen müssen. Das führt zur Notwendigkeit von vereinsübergreifenden Lösungen. Es wird eine Parallelität von Präsenz- und Onlinegruppen geben. Die Selbsthilfe muss sich den Anforderungen des „Marktes“ stellen. Hier sind die Verbände wie der Paritätische gefragt, mit den Vereinen dies zu konzipieren, realisieren und zu betreiben. Hier wird es große Probleme geben, da die großen Verbände bereits eigene Lösungen anbieten, die kleineren aber sehr unterschiedliche fachliche Konzepte in ihrer Arbeit haben, die sich nur schwierig alle in einem System abbilden lassen. Nicht zu unterschätzen ist aber auch die Altersstruktur der meisten Vereine der Suchtselbsthilfe, die eine erhöhte Anforderung an die Motivation zur Mitwirkung erfordert. Will die Selbsthilfe aber bestehen, muss sie diesen Wandel begleiten.

Die Fragen stellte Philipp Meinert
Weitere Infos unter www.f-s-h.de

„DAS BOOT“ IN WISMAR BLEIBT WICHTIGER ANKER FÜR MENSCHEN MIT PSYCHISCHEN BELASTUNGEN

Die Begegnungsstätte an der Lübschen Straße in Wismar ist schön beleuchtet. Sie strahlt eine wohlthuende Wärme aus in dieser dunklen Jahres- und Pandemiezeit. Für viele Menschen mit seelischen Erkrankungen in Wismar ist sie eine wichtige Anlaufstelle, in der sie regelmäßig Hilfe und Beratung finden. Eine große Herausforderung in dieser Zeit der Einschränkungen.

„Das Coronavirus hat das Leben von Menschen mit seelischen Behinderungen bzw. Belastungen besonders erschwert“, sagt Sandra Rieck (Foto unten), Geschäftsführerin des Vereins „Das Boot“ in Wismar. Große Ängste und Unsicherheiten seien die Folge. Menschen mit seelischen Erkrankungen und geistigen Behinderungen hätten es ohnehin nicht leicht. „Sie brauchen eine feste Tagesstruktur. Dazu gehören auch die gewohnten Hilfsangebote.“ Die Begegnungsstätte als Einrichtung der Behindertenhilfe sei deswegen weiterhin offen, bis auf kurze Schließungszeiten im Lockdown. „Wir haben hier genug Platz, um ausreichend Abstand zu halten. Viele Angebote können also unter Einhaltung der Hygieneregeln stattfinden.“

Großes Angebot im Boot

Der Verein zur Förderung seelischer Gesundheit und Integration „Das Boot“ Wismar e.V. kümmert sich seit 30 Jahren um Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen oder Behinderungen. Neben Leistungen in den Bereichen Wohnen, Selbstversorgung, Tagesstruktur, Arbeit-, Freizeit- und Kontaktgestaltung bietet „Das Boot“ Unterstützung in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens an. In den vergangenen Jahren kamen Angebote für Familien hinzu, die Unterstützung von Obdachlosen sowie Hilfen für Menschen mit Flucht- und Migrationserfahrung.



Tag des Nachbarn im Mai 2020. Gartenkonzert mit Abstand auf dem Hof der Begegnungsstätte

Ein offenes Ohr für all diese Menschen zu haben sei gerade jetzt unverzichtbar. „Wir können Kontakte nicht auf null fahren“, sagt Rieck, „sondern müssen sie in anderer Form herstellen.“ Im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 hatte der Verein nicht nur viele kreative Angebote, wie zum Beispiel eine Freiluftkonzertreihe, ins Leben gerufen. In großer Anzahl wurden Masken genäht – von Ehrenamtlichen aus dem nun ruhenden Sprachcafé und den Besucher*innen der Begegnungsstätte, in den Tagesstätten und auch durch Kolleg*innen zu Hause. Verabredungen zu gemeinsamen Spaziergängen wurden mit Einzelnen getroffen. Es wurden zusätzliche Telefone angeschafft, um für Hilfesuchende erreichbar zu sein. Durch unzählige Telefongespräche konnte so manche Not erstmal kompensiert werden. Aber für bestimmte Themen sind Telefonate oder Online-Angebote nicht geeignet, sie ersetzen eben keine echten Kontakte. Gerade Menschen mit Depressionen, Ängsten oder Suchterkrankungen verlieren mit den Gruppentreffen einen wichtigen Anker in ihrem Leben. „Sie brauchen den Austausch, sonst fallen sie zurück in alte Muster oder Isolation.“

Stresstest selbst für psychisch Stabile

An der Fensterscheibe der Begegnungsstätte klebt ein großer Zettel mit einer langen Liste wichtiger Telefonnummern und Kontakten: vom Bürgertelefon des Landkreises über die Telefonseelsorge, das Kinder- und Jugendtelefon, das Elterntelefon bis hin zur Drogen- und Suchtberatung. „Die Pandemie hat definitiv Auswirkungen auf unsere seelische Gesundheit. Mitten unter uns sind Menschen in Not. Diese Nummern sind für alle, die Hilfe brauchen oder helfen wollen“, so Rieck. Selbst für psychisch stabile Menschen sei die derzeitige Situation ein Stresstest, sagt sie. Innere Unruhe, Ängste oder Schlaflosigkeit seien körperliche Stresssymptome. „Wenn soziale Kontakte, von denen manche Menschen ohnehin nur wenige haben, stark minimiert werden müssen, Schulen und Kitas schließen, Läden und Restau-

rants auch als Treffpunkte nicht mehr zur Verfügung stehen, Isolation sogar durch Quarantäne entsteht und eigene Existenzen wirtschaftlich bedroht sind, dann ist dies ein Stresstest für unsere Psyche.“

Manchmal gelinge es nicht, die Krise aus eigener Kraft zu überwinden. Dann würden professionelle Beratung und Begleitung notwendig. „Besonders Menschen mit psychischen Erkrankungen sind in diesen Zeiten auf die Unterstützung durch Netzwerke angewiesen“, so die Geschäftsführerin.

Auch als Familiensatz

75 Mitarbeiter*innen sind unter dem Dach des Vereins beschäftigt. Sie seien hochmotiviert und zugleich extrem gefordert, die Klienten durch die Krise zu begleiten. So wurden im Bereich Ambulant Betreutes Wohnen 140 Menschen zuhause in ihrem Alltag einzeln begleitet. „Sie leben häufig sehr isoliert und haben wenig bis keinen Kontakt zu Familienangehörigen. Wir sind dann so etwas wie ihre Familie“, sagt Sandra Rieck. Zu Weihnachten gebe es normalerweise immer eine schöne gemeinsame Feier. Die muss in diesem Jahr ausfallen. Unternehmer aus Wismar hatten eine tolle Idee, berichtet Rieck: Unter Federführung der Firma Hammerich wurden Weihnachtspäckchen gepackt mit regionalen Produkten, wie zum Beispiel Stollen, Marmelade, Scho-

kolade und Kaffee. „Diese schöne und warme Unterstützung hilft auch unseren Mitarbeiter*innen in besonderen Zeiten ganz für die Menschen da zu sein“, sagt die Geschäftsführerin dankbar.

Ziel des Vereins sei es, Menschen in Not auch während der Einschränkungen zuverlässige, umfassende Hilfe und Beratung zu gewährleisten. Unter Wahrung aller Anforderungen des Infektionsschutzes sollen die Angebote weitgehend offen gehalten werden und dort, wo es notwendig ist, alternative Betreuungs- und Beratungsangebote geschaffen werden. Der Schutz der Mitarbeiter*innen und Bewohner*innen habe oberste Priorität. Um den zu gewährleisten, wurden seit Mitte Dezember regelmäßig Tests durchgeführt.

„Mir ist es wichtig, dass die Menschen uns wie immer erreichen. Es gibt immer einen Weg, auch in der Dunkelheit einen Lichtstrahl zu finden. Sie sind nicht alleine“, so Rieck als Schlusswort.

Stephanie Böskens
ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und
Migration beim Paritätischen Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen unter
www.das-boot-wismar.de



KREATIV GEGEN CORONA IN RADEBEUL

Not macht erfinderisch. Und manchmal sogar sehr kreativ. Mitten im von der Corona-Pandemie besonders gebeutelten sächsischen Landkreis Meißen hat das Familienzentrum Radebeul gleich einen ganzen Berg an Ideen entwickelt, um die Radebeuler*innen gut durch die Covid 19-Zeit zu begleiten.

Das Familienzentrum liegt in Altkötzschenbroda, einem historischen Dorfkern von Radebeul, auf einem alten, umgebauten Bauernhof. Das Angebot der Einrichtung umfasst ein großes Altersspektrum. Hier sind alle willkommen, von Säuglingen bis zu Senior*innen. Alles vorzustellen würde den Rahmen dieses Textes sprengen. „Das Familienzentrum muss man sich einfach als ein ganz buntes Haus vorstellen, wie unser Logo eben. Ein sehr quirliges und lebendiges Haus, in dem es schon auch durchaus laut sein kann“, erklärt Anja Schenkel, Verantwortliche für Öffentlichkeitsarbeit die Einrichtung in einem Satz.

Mit Lautstärke und Quirligkeit war es dann aber auch im Familienzentrum wie überall im März 2020 vorerst vorbei. „Natürlich waren wir zuerst fürchterlich erschrocken. Alle mussten plötzlich zuhause bleiben, wir haben uns nicht getraut, für Beratungen zu öffnen. Es war auf einmal alles zu!“ schildert Geschäftsführer Mathias Abraham die Situation, die viele Wohlfahrtseinrichtungen gut nachvollziehen dürften. Zunächst einmal stand nach dem ersten Schreck aber eine Zeit der Reflektion an und die Frage, wie man in einem möglichen zweiten Lockdown mit der Situation umgeht. Schlussendlich entschied man aber: „Ganz zu machen wir nicht nochmal. Wir können die Menschen nicht allein lassen.“ Mit Beginn des zweiten Lockdowns musste man im Familienzentrum erneut umdenken und unbekannte Wege beschreiten. Mitarbeiter*innen wurden zu Aspekten der Digitalisierung geschult, besonders zum Online-Tool Zoom. Gemeinsam entschied man sich, Kochkurse mit diesem Videokonferenzprogramm anzubieten: „Was es zum Abendbrot gibt, ist ja sowieso immer ein Dauerthema. Da bot sich das Kochen via Zoom an.“, erläutert Maria Berg-Holldack, im Familienzentrum für den Bereich Familienbildung zuständig, die Idee. Interessierte Familien können sich anmelden, erhalten einen Zoom-Link und eine Zutatenliste und dann kann es losgehen. Bereits bei der zweiten Runde haben sich schon acht Familien beteiligt und das Angebot erfreut sich weiterhin großer Beliebtheit. Überraschenderweise seien einige Runden wie Fortbildungen und Kollegiale Beratungen digital sogar besser besucht als Vor-Ort-Angebote, stellt Anja Schenkel erfreut fest. Auch die Gesprächskreise für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen finden aktuell per Zoom statt und werden rege besucht.

Dennoch gibt es nicht nur digitale Angebote im Familienzentrum: Das etablierte Angebot, für vier bis fünf Euro Mittagessen zu bekommen, gibt es auch weiterhin. „Natürlich kann nichts vor

Mitarbeiterinnen des Familienzentrum Radebeul kochen regelmäßig mit anderen zusammen über Zoom.



Ort verspeist werden. Das reicht unsere Köchin jetzt zum Mitnehmen durchs Fenster. Für die Menschen ist es so eine Möglichkeit, mal vor die Tür zu kommen und sich eine Mahlzeit nachhause zu holen.“

Rezepte per Zoom, Teebeutel per Post

Gemeinsames Kochen per Zoom ist ein zentraler, aber bei weitem nicht der einzige Bestandteil des neuen Corona-gerechten Programms im Familienzentrum. Für Eltern mit kleinen Kindern gibt es digitale Krabbelgruppen und für Senior*innen eine Online-Teestube. Aktuell fällt ein wichtiges Angebot für alleinstehende ältere Menschen weg: Das tägliche Café-Angebot im Haus. Die Lösung war dann so simpel wie genial: „Wir haben Teebeutel mit der Post an die Senior*innen geschickt. Dann konnte man sich einen Tee aufbrühen und saß per Zoom zusammen“ erläutert Ines Franke die Idee. Sie ist im Familienzentrum für die Senioren-Angebote zuständig. „Und auch wenn wir nicht alle damit erreichen, ist es so doch eine weitere Möglichkeit der Begegnung.“ Außerdem schreibt sie wöchentliche Mails an die Senior*innen und hält auf diese Weise ebenfalls Kontakt.

Die Herausforderung war allerdings, dass ältere Menschen nicht immer mit Technik vertraut sind. Dazu wurden und werden Technik-Beratungen im Haus angeboten. Wer noch nicht so firm ist mit Smartphone und Tablet, kann unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen mit den Geräten im Familienzentrum vorbeikommen und hygiene-gerecht eine kurze Einweisung bekommen.

Da man vieles, aber noch nicht alles per Videokonferenz erledigen kann, bietet das Familienzentrum darüber hinaus Einkaufsfahrten für ältere Radebeuler*innen an. Auch diese werden von Ines Franke organisiert. Im Frühjahr wurden dafür noch die Einkaufszettel eingesammelt, eingekauft und geliefert. Doch eigentlich war nicht das Erledigen des Einkaufs der Wunsch. „Es geht vielen auch einfach darum, sich zu treffen, im Auto zu sitzen und zu reden und wieder selbstbestimmt einkaufen zu gehen.“

Etwas Besonderes dachte sich das Team zum Heiligen Abend aus. Eigentlich ist das Familienzentrum dann immer Anlaufpunkt für Menschen, die sonst den Tag allein Zuhause verbringen würden. Das gemeinsame Beisammensein fiel 2020 leider aus. Daher wurden Briefe mit Lichtertüten und einer kleinen, mutmachenden Geschichte gepackt, um ein wenig Hoffnung zu verbreiten. Digitales sei gut und schön, aber man wollte gerade an Weihnachten auch mal etwas Haptisches mitgeben, betont Anja Schenkel.

„Alles wird gut“: Die Weihnachtsbotschaft für Menschen, die allein zuhause feiern müssen.



Das Team im Familienzentrum will trotz der schwierigen Lage nicht aufgeben: „Wir stehen hinter den Maßnahmen und müssen da jetzt durch. Uns ist aber wichtig, dass die sogenannten sozialen Randgruppen nicht vergessen werden“, hebt Geschäftsführer Mathias Abraham hervor. Im Rahmen der Verordnungen ist nach wie vor vieles möglich und sei es, immer etwas Positives mit auf den Weg zu geben. Auf der Startseite der Homepage des Familienzentrums kann man daher lesen: „Beende den Tag immer mit einem positiven Gedanken. Denn egal wie schwer die Dinge waren – morgen ist ein neuer Tag.“

Trotz oder vielleicht sogar wegen der angespannten aktuellen Lage halten die meisten Radebeuler*innen zusammen. Und auch wenn es natürlich Zweifelnde und Skeptiker*innen gibt, sind die Menschen füreinander da. Unter dem Strich haben das Engage-

ment und die Hilfsbereitschaft in Radebeul sogar zugenommen, hat das Team vom Familienzentrum beobachtet.

Wissen als Scout teilen

Für das Familienzentrum ist Netzwerken wichtig, nicht nur für die Menschen in Radebeul, sondern auch in (Dach)Verbänden und Interessengemeinschaften. So ist es auch Anja Schenkel ein Anliegen, ihr Wissen und ihre Ideen zu teilen. Sie ist eine Scout beim Paritätischen Projekt #GleichImNetz, der Online-Vernetzungsplattform des Gesamtverbandes. Zu den Scouts kam sie durch ihre vorherige berufliche Station bei der Lebenshilfe Pirna-Sebnitz-Freital. Von den Treffen nimmt sie viel mit und hat selbst Inputs zum Tool Trello gegeben, welches sie für den Redaktionsplan und das Projektmanagement nutzt. „Wir sind Parität“ begeistert sie: „Ich finde das eine super Plattform, um sich auszutauschen und über den eigenen Tellerrand zu schauen.“ In das noch junge Jahr 2021 blicken Anja Schenkel und das Team des Familienzentrum Radebeul positiv: „Es ist spannend zu sehen, wie kreativ die Leute 2020 geworden sind. Uns begeistert, welche Ideen Menschen entwickeln, anstatt den Kopf in den Sand zu stecken.“ 2020 haben sie gelehrt, dass vieles möglich ist und man immer einen Plan B parat haben sollte. Diesen Schwung würde das Team gern in das laufende Jahr transferieren. „Man muss einfach schauen was geht und nicht zuerst, was nicht geht.“

Philipp Meinert

Weitere Informationen: www.familienzentrum-radebeul.de

#GLEICHIMNETZ



HERZLICH WILLKOMMEN BEIM DIGI-DIENSTAG

Jeden dritten Dienstag im Monat bietet #GleichImNetz geballtes Digitalisierungswissen: Markiert Euch den Tag

gleich schon mal rot-blau in Euren Monatsübersichten. Einen ganzen Tag lang erwarten Euch verschiedenste Informations- und Diskussionsangebote, aus- und angerichtet nach Euren Wünschen. Bei unseren 1 - 1,5 stündigen Veranstaltungshäppchen, verteilt über den ganzen Tag, ist für jede*n was dabei. Zum Beispiel: **Digitalisierungs-Erfolgsgeschichten, das Tool des Monats, den Talk zum Mittag und Wir sind Parität-Communitytreffen.** Zeit zum Vernetzen, zum Austausch und zum Schmieden weiterer Pläne: Wie können wir uns gegenseitig unterstützen? Was wollen wir als Paritätisches (Online-)Netzwerk dieses Jahr noch auf die Beine stellen?

Kontakt für Nachfragen:

Projekt #GleichImNetz, digikom@paritaet.org
paritaetische.de/schwerpunkt/digitalisierung



EIN WEGBEGLEITER IN DIE SOZIALEN MEDIEN – SIE BEKOMMEN POST!

Wir haben unsere Online-Scouts aus dem Projekt #GleichImNetz gefragt: Wenn du jetzt noch mal neu in die Sozialen Medien einsteigen würdest: Was würdest du machen, beachten, wissen wollen? Daraus entstanden ist dieses Kartenset mit 50 Tipps und Tricks rund um Social Media.

Aktuell verschicken wir je ein Exemplar an all' unsere Mitgliedsorganisationen. Sollten Sie keines bekommen, oder mehr als eins wollen melden Sie sich gerne bei digikom@paritaet.org

Denn: Soziales gehört in Soziale Medien!

DREI FRAGEN AN DORIS NIEBERGALL, FAMILIENGESUNDHEITZENTRUM IN FRANKFURT AM MAIN

Das FrauenGesundheitsZentrum unterstützt seit über 40 Jahren Frauen und Paare bei allen Fragen rund um Geburt bis zu Wechseljahren. Wir sprachen mit Doris Niebergall, Mitglied des Leitungsteams, über den Umgang des Zentrums mit der Corona-Krise.

Frau Niebergall, wie viele soziale Einrichtungen mussten auch Sie auf digitale Sprechstunden umstellen. Funktioniert das gerade bei Schwangeren ohne persönlichen Kontakt?

Gute Beratung beinhaltet viele Facetten der Kommunikation: nicht nur die Worte sind wichtig, sondern auch alles, was „zwischen den Zeilen“ mitschwingt; eben auch alle nonverbalen Ausdrucksformen. Diese wahrzunehmen ist in digitalen Formaten natürlich deutlich schwieriger. Wir haben aber schnell gelernt, was funktioniert und welche Beratungstools auch im Video-Meeting funktionieren. Auch in digitalen Formaten lassen sich persönliche Kontakte herstellen. Da ist es im Grunde genommen egal, ob Sie einer Schwangeren gegenüber sitzen, ob eine junge Mutter in einem Rückbildungskurs über die schwierigen Nächte mit dem Baby erzählt oder ob ein Paar zur Ernährungsberatung kommt.



chen? Aber nach und nach konnten wir feststellen, dass diese Art des Kontakthaltes und Beratens auch Vorteile hat: Fahrwege entfallen und Beratungen konnten zeitlich flexibler eingerichtet werden. Einzelne Beratungs- und Unterstützungsangebote waren tatsächlich viel besser besucht als zu „analogen“ Zeiten, weil die Menschen sich von zuhause aus zuschalten konnten.

Außerdem haben wir sofort Beratungstelefone eingerichtet, sodass die Frauen und Familien in der Schwangerschaft oder mit kleinem Baby mit ihren Fragen zeitnahe und verlässliche Antworten bekommen haben. Und Einzel-Beratung war immer präsent möglich.

Was wird in der alltäglichen Arbeit im FamilienGesundheitsZentrum zukünftig anders sein als vor der Pandemie?

Geburtsvorbereitung ist eine unserer Kernkompetenzen und Geburten lassen sich nicht ein halbes Jahr verschieben! Deshalb haben wir gleich im März 2020 überlegt, was möglich ist und sind mit digitalen Angeboten gestartet: Geburtsvorbereitung, aber auch Rückbildung-Neufindung, Ernährungs- und Schlafberatung liefen sehr schnell über digitale Formate. Uns war klar, dass es wichtiger denn je ist, die Familien in diesen sehr schwierigen Zeiten der Isolation und Angst zu begleiten, in einer Lebensphase, die ohnehin viele Fragen und Unsicherheiten mit sich bringt.

Das Einrichten und Durchführen der digitalen Angebote war für uns ein Sprung ins kalte Wasser: wie würden die Online-Angebote laufen? Wir alle, die Familien, aber auch die Kursleitungen und das Leitungsteam waren überrascht, wie gut die Angebote „funktionierten“. Die Rückmeldungen waren durchweg positiv.

Hat die Umstellung reibungslos funktioniert oder gab es auch Stellen, an denen es gehakt hat?

Es hat natürlich manches gehakt: wir mussten uns mit der Technik vertraut machen, die DSGVO berücksichtigen, diejenigen Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die noch keine Video-Meetings kannten, mit ins Boot holen. Ein Video-Meeting ist ja nicht so niederschwellig wie ein offenes Elterncafé! Wie können wir Austausch und Vernetzung der Eltern über den Computer ermögli-

Hoffentlich werden wir ein bisschen weniger Stress haben (lacht). Im Grunde genommen wird sich nicht so viel ändern: wir werden weiterhin Frauen und Familien mit unserer Arbeit unterstützen. Das erreichen wir in den Einzelberatungen, Kursen und offenen Treffs in den verschiedenen Frankfurter Stadtteilen, in unseren Projekten für Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf, für sehr junge Mütter und auch mit dem besonderen Angebot der Rückbildung nach Verlust eines Kindes. Ein wesentliches Element in allen unseren Angeboten ist die psychosoziale Bestärkung unserer Zielgruppen; das ist zwar auch online möglich, lässt sich aber in Präsenz-Angeboten einfach besser umsetzen. Gleichwohl ist es denkbar, dass wir nach der Pandemie weiterhin Seminare zu bestimmten Themen wie Mehrsprachig erziehen oder Beikosteneinführung online anbieten werden.

Was nach der Pandemie aber auf alle Fälle bleibt, ist die Freude über die große Loyalität und das Engagement der Kolleginnen und Kollegen, die zusammen mit uns diese große Herausforderung angenommen haben.

Die Fragen stellte Philipp Meinert
Weitere Infos unter www.fgz.n.de

DEUTSCHES JUGENDHERBERGSWERK SETZT AUF BEWÄHRTE QUALITÄT AUF NEUEN WEGEN

Die Corona-Pandemie bestimmt auch weiterhin das Leben der Menschen weltweit – ob zu Hause, auf der Arbeit oder in der Schule. Auch für das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) gab es in den vergangenen Monaten viele Herausforderungen zu meistern.

„Gemeinschaft erleben“, das Leitmotiv des Verbandes, musste im 111. Jahr nach Entstehung der Jugendherbergs-idee auf ganz neue Art und Weise gedacht werden. „Zunächst aufgrund der angeordneten Schließung aller rund 450 Häuser und später durch unterschiedliche Beschränkungen konnten vor allem Schulklassen und Gruppen 2020 die Jugendherbergen nicht so erleben, wie wir es uns alle gewünscht hätten“, erklärt DJH-Hauptgeschäftsführer Julian Schmitz. Trotzdem respektiere der rund 2,4 Millionen Mitglieder starke Verband die Entscheidung und Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung und werde darüber hinaus auch seinen Beitrag leisten: „Als einer der größten gemeinnützigen Verbände in Deutschland haben wir uns mit Beginn der Pandemie zu unserer Verantwortung für Gemeinwohl und Zivilgesellschaft bekannt und die Jugendherbergen beispielsweise für Sondernutzungen angeboten. Aktuell werden einige unserer Häuser wieder als temporäre Flüchtlingsunterkünfte, Frauenhäuser oder Impfzentren genutzt“, fügt Schmitz an. Dies sei schon aus dem Selbstverständnis der Jugendherbergs-idee heraus, mit ihren Werten wie Toleranz, soziales Miteinander oder Völkerverständigung, selbstverständlich.

Unterstützung und Sympathie für die Jugendherbergen

Wie sehr die Situation des DJH die Menschen in Deutschland bewegt, zeigt der große Zuspruch aus der Bevölkerung – etwa in Form der im April an den Start gebrachten Online-Petition #RETTETJugendherbergen, die unter dem Titel Wir sind sozial relevant! über 200.000 Mal unterzeichnet wurde. Hinzu kommt

das große Vertrauen der fast 2,4 Millionen DJH-Mitglieder, die dem Verband trotz schwieriger Umstände, etwa durch eingeschränkte Buchungsmöglichkeiten der Jugendherbergen, weiterhin die Treue halten. „Wir verzeichnen aktuell weniger Austritte, als in den Vorjahren und dafür sind wir unseren Mitgliedern sehr dankbar“, so Julian Schmitz. Gleiches gelte auch für die politischen Entscheidungsträger. „Mittlerweile hat man uns, was die verschiedenen Beihilfeprogramme angeht `auf dem Schirm´ und die Bereitschaft, uns in dieser unverschuldeten Lage nicht allein zu lassen, ist deutlich sichtbar. Neben den finanziellen Beihilfen ist es aber für uns ebenso wichtig, dass in 2021 die Klassen wieder in die Jugendherbergen reisen dürfen“, so der DJH-Hauptgeschäftsführer und erklärt: „Jugendherbergen bieten hochwertige Bildungsprogramme, vermitteln Projektbesuche oder Ausflugsangebote und stellen so außerschulische Lernorte da, die wichtig für die soziale Entwicklung junger Menschen sind. Kurze Reisen im Grundschulbereich ermöglichen Kindern außerdem beispielsweise erste längere Erfahrungen außerhalb ihrer Familie zu sammeln.“

DJH hat ein eigenes Hygienekonzept entwickelt

Um die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, hat das DJH mit Experten des Universitätsklinikums des Saarlandes bereits im Frühjahr ein eigenes DJH-Hygienekonzept entwickelt, welches den ohnehin sehr hohen Standard in den Bereichen Sicherheit und Sauberkeit für alle Gäste nochmals erhöht und zudem für jede Jugendherberge nutzbar ist. Das Feedback der Gäste in der Zeit zwischen den angeordneten Schließungen der Häuser fiel durchweg sehr positiv aus. Speziell für Klassenfahrten wurden darüber hinaus Konzepte entwickelt, die den Pädagoginnen und Pädagogen den bewährten DJH-Service auch während der Pandemie-Situation ermöglicht. Hierzu zählen beispielsweise eine separate Unterbringung der Klasse, gruppeneigene Sanitärräume sowie alleinige Nutzung der Gruppenräume. „Mit diesen und weiteren Maßnahmen fühlen wir uns für alle Gästegruppen gut aufgestellt und freuen uns natürlich schon jetzt auf die Wiedereröffnung der Jugendherbergen. Bis dahin heißt es solidarisch dafür Sorge zu tragen, die Pandemie in Griff zu bekommen, damit wir positiv in die Zukunft blicken können“, fasst Julian Schmitz zusammen.

**Justin Blum arbeitet im Bereich Kommunikation beim Deutschen Jugendherbergswerk
Mehr Informationen auf www.jugendherberge.de**



So leer sah es leider in vielen Jugendherbergen im vergangenen Jahr aus. (Symbolbild)

JEDE KRISE IST AUCH ZUM WACHSEN DA

Schüler*innen berichten aus der Carl-Strehl-Schule der blista

Wie sich der Schulunterricht durch Corona verändert hat? Zum einen gibt es den Präsenzunterricht, zum anderen den Online-Unterricht von Zuhause aus, das Homeschooling. Wichtig erscheint uns an der Deutschen Blindenstudienanstalt e.V. (blista) in Marburg, Digitalisierung und Präsenz methodisch und didaktisch eng zu verknüpfen, das Gemeinschaftserleben zu stärken und die Freude am Lernen zu erhalten.

Nachfolgend berichten zwei Schüler einer 11. Klasse unseres inklusiven Gymnasiums mit dem Förderschwerpunkt Sehen – einer in dieser Kombination deutschlandweit wohl einmalige Einrichtung. Sie sprechen über ihre eigenen Wahrnehmungen, Empfindungen und Anregungen. Denn natürlich sind es die jungen Menschen, die Lernenden, deren Impulse für die Entwicklung unserer digitalen Angebote eine entscheidende Rolle spielen. Plötzlich sind Dinge, die immer selbstverständlich waren, einfach weggefallen. Was also hat sich für Schüler*innen verändert? „Man sitzt jetzt im Präsenzunterricht natürlich viel weiter auseinander“,

erzählt Jonas und berichtet von den Dingen, die ihm negativ auffallen, von den ausfallenden Experimenten in der Biologie, davon, dass Gruppenarbeiten unter diesen Bedingungen schwierig geworden sind und dass die vielen Arbeitsgruppen für Freizeitaktivitäten von ihm und seinen Mitschüler*innen schmerzlich vermisst werden. Er hat eine hochgradige Sehbehinderung und ist mit Blick aufs Abitur vor einem Jahr an die Carl-Strehl-Schule der blista mit ihrem dezentralen Internat gewechselt. Er ist sportlich interessiert. Reiten, Goalball, Surfen, Klettern, Theater - an der blista ist das Spektrum der Freizeitaktivitäten eigentlich breit. Und während der Schulsport und die sportlichen Freizeit-AGs besonders vielfältige Möglichkeiten eröffnen, sich die Bewegungs- und Sportwelt zu erschließen, bietet der blistaCampus auch leistungsinteressierten jungen Leuten mit Blindheit und Sehbehinderung tolle Chancen. „Es ist so selbstverständlich gewesen, dass man nachmittags auch noch was mit anderen Schüler*innen machen kann“, sagt Jonas nachdenklich.

Konzentrationsprobleme mit Masken

Was also hat sich für Schüler*innen verändert? „Ich sehe nicht nur Nachteile“, meint sein Mitschüler Steve. „Es sind Veränderungen, mit denen wir umgehen müssen. Es gab ja noch viele andere Dinge, die wir machen konnten, wie die Band AG oder den Chor.“ Hinzukommt die Maskenpflicht im Unterricht: „Wenn wir unter der Maske Arbeiten schreiben müssen“, sagt Steve, „dann habe ich echt Probleme und kann mich schlechter konzentrieren. Beim Homeschooling fällt die Maske zwar weg, aber dann gibt es natürlich auch mal Verbindungsprobleme, die stören.“ Homeschooling an der blista bedeutet digitales Lernen für junge Leute mit und ohne Seheinschränkung. Ab der 6. Klasse sind die Schü-



ler*innen mit Laptops ausgestattet und machen sich zunehmend mit den digitalen Unterrichtsangeboten und Organisationsstrukturen vertraut.

Beim Homeschooling können sie diese vertrauten Möglichkeiten von Zuhause aus nutzen. Mit der Lernplattform Moodle, dem kollaborativen Online-Editor blistaPad (basierend auf Etherpad lite), dem Audio- und Videokonferenz-System blistaMeet (basierend auf Jitsi meet) und Podcasts ist die blista gut aufgestellt. Nach dem strengen Lockdown waren bzw. sind fortan aus gesundheitlichen Gründen oder (eher seltenem) Corona-Risikokontakt in jeder Klasse meistens ein oder zwei Schüler*innen, die sich von Zuhause online am Klassenpräsenzunterricht beteiligen.

Dinge können auch ganz anders funktionieren

Und das in guter blista-Tradition: Die Anwendungen sind mit viel Know-how und Sorgfalt auf die Bedarfe angepasst und erlauben allen Nutzer*innen der Sprach- und Braille-Software JAWS einen chancengleichen, digital barrierefreien Zugriff auf den Unterrichtsstoff. Steve, der die Carl-Strehl-Schule bereits seit der fünften Klasse besucht, sagt: „Ich denke, jede Krise ist auch ein bisschen zum Wachsen da. Es ist eine tolle Erfahrung, dass Dinge auch ganz anders funktionieren können.“ Er berichtet von analoger und digitaler Kreativität, von Lösungen, die faszinieren. So sind die Abbildungen zu den Mathematikaufgaben für ihn als blinder Schüler an der blista normalerweise taktil, also tastbar, aufbereitet.

Bei manchen Modellen ist die Herstellung aufwändig, sie liegen nicht im Klassensatz vor, sondern werden herungereicht. Daran ist jetzt nicht zu denken. In Pandemiezeiten wurden taktile Abbildungen postalisch versendet, Fotos und Modellieranleitungen an helfende Eltern geschickt oder eben auch mal ganz anders dargestellt und zum Beispiel durch gymnastikähnliche eigene Körperhaltungen und -bewegungen vermittelt. Jonas bestätigt: „Was auch ein richtiger Trend geworden ist, das ist das blistaPad. Es

ist jetzt viel häufiger in Gebrauch und erweist sich als eine gute Entlastung für uns alle, auch für unseren hörgeschädigten Mitschüler. Einer schreibt im Unterricht mit und alle können es sehen. So müssen nicht alle gleichzeitig mithören, mitschreiben und hörverstehen.“ Sein klares Statement spricht dafür, dass die inklusive Lernkultur auf dem blistaCampus ein breites Fundament gefunden hat.

Nicht alle durcheinander diskutieren!

Welche Weiterentwicklung würden sie sich wünschen? Gruppenarbeit fällt Jonas als Erstes ein: „Ich würde mir in jedem Fall wünschen, dass man digital noch besser zusammenarbeiten kann. Wir würden es anders angehen als früher. Dabei nicht reden, sondern alles gleich ins blistaPad schreiben. Wir würden den Austausch einfach anders organisieren.“ „Stimmt“, sagt Steve und stellt zugleich seine Digitalkompetenz unter Beweis, „wenn Leute bei Gruppenarbeiten viel diskutieren, dann wird es ja eh schnell zu laut für hörgeschädigte Mitschüler. Das wäre genau die Problemlösung.“

Aber vielleicht nehmen wir dafür besser einen Chat als ein Pad, sonst schreiben alle gleichzeitig ...“ Schulleiter Peter Audretsch freut sich über das Engagement der Schülerschaft und unterstützt die Digitalisierung zusammen mit dem blista-Vorstand. Die Mittel aus dem Digitalpakt sind unter anderem in die Anschaffung neuer blistaBoards (interaktive Tafeln) geflossen: „Wir möchten die Vorteile neuer Medien für unserer Schülerinnen und Schüler nutzen und wie man an den beschriebenen kollaborativen Anwendungen sehen kann, das gemeinsame Lernen stetig verbessern. So wird Gutes ausgebaut und gleichzeitig auf das Arbeiten in einer zunehmend digitalisierten Welt vorbereitet.“

Dr. Imke Troldenier ist Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit der Deutsche Blindenstudienanstalt e.V. (blista)
 Weitere Infos unter www.blista.de



Jonas (links, vorne) und Steve (rechts) beim Lernen an der blista.

INTERVIEW MIT NANCY POSER

„DAS IST, ALS WÄREN HEUTE FÜNF FLUGZEUGE ABGESTÜRZT.“



Nancy Poser ist Richterin am Trierer Amtsgericht und Behindertenrechtsaktivistin. Sie leidet an spinaler Muskelatrophie und ist 24 Stunden auf Betreuung angewiesen. Trotzdem ist sie gesellschaftspolitisch neben ihrer Arbeit am Gericht sehr aktiv.

Aktuell treibt die Juristin eines besonders um: Könnte Sie im Ernstfall ein Opfer der Triage werden? Die Triage beschreibt die Entscheidung einer Ärztin oder eines Arztes, wer bei knappen Ressourcen weiterleben darf, wenn nicht alle Patient*innen versorgt werden können. Eigentlich stammt der Begriff aus den Feldlazaretten vergangener Kriege. Angesichts der knappen Ausstattung vieler Krankenhäuser mit Beatmungsgeräten u.ä. ist er inzwischen mitten in Europa brutale Realität.

Poser befürchtet ganz konkret, dass sie aufgrund ihrer Behinderung im Falle einer COVID 19-Erkrankung den Kürzeren ziehen könnte. Konkrete Regelungen zur Triage gibt es nicht, die meisten Mediziner*innen können sich nur an die Leitlinien der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) halten, die sehr unkonkret formuliert wurde. Die Bundespolitik hält sich derweil aus diesem heiklen Thema heraus.

Nancy Poser ist nun mit einigen Mitstreiter*innen vor das Bundesverfassungsgericht gezogen und möchte erwirken, dass sich Politiker*innen damit beschäftigen müssen.

Das Interview wurde Mitte Dezember 2020 telefonisch geführt.

Frau Poser, wie hat sich für Sie als Betroffene einer Muskelerkrankung ihr Leben seit dem Covid 19-Ausbruch geändert?

Mein Leben ist momentan relativ eingeschränkt. Ich pendele zwischen Wohnung und meinem Arbeitsplatz, dem Gericht. Hin und

wieder muss ich als Betreuungsrichterin noch meiner Verpflichtung in der Psychiatrie nachkommen. Ansonsten pflege ich derzeit kaum soziale Kontakte. Im Sommer war das noch anders, als man sich draußen treffen konnte. Aber jetzt im Winter habe ich soziale Kontakte völlig eingestellt. Einkaufen gehen müssen meine Assistenten, was aber auch nicht unproblematisch ist, weil ich in dieser Zeit ohne Assistenz bin. Meine Assistenten sehe ich nur noch mit Maske, weil die ja auch ein soziales Leben und Kontakte haben. Die kommen mir körperlich nahe. Ja, so sieht es aus. Es ist alles etwas schwieriger geworden.

Das wichtigste Ereignis dieser Pandemie ist wahrscheinlich für Sie, dass sie nun vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, um für die Beibehaltung des Grundprinzips zu streiten, dass Triage-Entscheidungen nicht alleine bei den Ärzten liegt. Können Sie die Hintergründe erklären?

Wir möchten, dass der Gesetzgeber an Grundprinzipien festhält. Ärzte wenden allein die Erfolgsaussicht der Therapie als Kriterium für eine Behandlung an und treffen teilweise diskriminierende Entscheidungen. Da sehen wir die Notwendigkeit des Gesetzgebers seiner Pflicht nachzukommen und uns als Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Da wollen wir Rechtssicherheit im Sinne der Betroffenen, und natürlich im Sinne der Ärztinnen und Ärzte. Die aktuelle Diskussion fokussiert sich immer sehr auf die Ärzteschaft. Natürlich möchte keiner in der Haut der Ärztinnen und Ärzte stecken und diese Entscheidungen treffen. Aber es wird gar nicht mehr danach gefragt, wie es denen geht, die wegen diskriminierender Kriterien da aussortiert werden. Das wird nicht mehr in den Mittelpunkt gestellt und wir möchten Rechtssicherheit für die Betroffenen und Schutz vor willkürlichen Entscheidungen erreichen.

Jens Spahn hat im Frühjahr noch verkündet, eine gesetzliche Regelung zur Triage wäre nicht zwingend notwendig. Jetzt ist er und die gesamte Bundespolitik zu dem Thema überraschend still. Warum ist das so?

Mit so einem Thema macht man sich nicht unbedingt Freunde oder bekommt Wählerstimmen. Ich glaube, es gibt kein Interesse daran, etwas zu regeln. Das überlässt man dann halt den

Ärztinnen und Ärzten, die dann damit auch allein gelassen werden und dann entscheiden sollen. Das finde ich falsch, denn wir haben es hier mit wesentlichen Grundrechten und dem Eingriff in das Leben zu tun. Das muss der Gesetzgeber regeln und da kann er sich nicht wegduckeln.

Mitte Dezember kam es in einem Krankenhaus in Zittau wohl zu einer erstmalig kommunizierten Triage. Wie haben sie diese Nachricht aufgenommen?

Es hat mich nicht verwundert. Meine Eltern wohnen in Sachsen im Kreis Bautzen, also da wo der Inzidenzwert bei 600 liegt und die Lage katastrophal ist. Da findet schon ewig keine ordentliche Kontaktnachverfolgung mehr statt. Das war absehbar. Ältere oder behinderte Menschen oder diejenigen mit Vorerkrankung werden dort aufgrund der DIVI-Leitlinien verlieren und können nichts dagegen tun, weil diese Leitlinien nun mal kein Gesetz sind.

Im Frühjahr sorgte der Grünen-Politiker Boris Palmer mit der Aussage, man würde Menschen am Leben erhalten, die sowie so kurz darauf sterben würden. Er hat viel Widerspruch bekommen, aber immerhin wurde die Aussage breit diskutiert. Hat hier eine grundsätzliche Diskursverschiebung oder ein Tabubruch stattgefunden?

Ja, wir sind leider an vielen Stellen bei Tabubrüchen. So verlangte die Ärzteschaft zum Beispiel, dass man sogar eine Ex-Post-Triage durchführen können soll, das heißt, jemanden vom Beatmungsgerät abkoppeln und sterben lassen, wenn sich nach einer bestimmten Zeit keine Besserung einstellt. Rechtlich gesehen erfüllt das einen Tötungstatbestand, der nicht einmal mehr mit einem Aufschrei kommentiert wird, sondern es wird darüber diskutiert. Da sind wir glaube ich an einer Stelle, an der das Grundgesetz zeigen muss, was es wert ist und dass es auch in Krisensituation Bestand hat. Das Grundgesetz ist nicht geschaffen für Situationen, in denen alles tiptop ist und in denen keiner Schwierigkeiten hat, sondern wir brauchen es in Krisensituationen. Da muss es uns ein Kompass sein und uns an bestimmten ethische Wertentscheidungen festhalten, die wir einmal getroffen haben.

Seit Beginn der Pandemie demonstrieren auch immer wieder Menschen gegen den Lockdown und halten die Maßnahmen für überzogen. Was sagen Sie solchen Menschen?

Dafür fehlt mir jedes Verständnis und ich kann es einfach nicht nachvollziehen. Menschen suchen glaube ich oft eine Erklärung, die für sie mutmaßlich einfacher ist, als die Erklärung, dass wir in einer Pandemie sind, gegen die zumindest momentan niemand etwas tun kann. Dann wird lieber nach einem Weg gesucht, um zu sagen, dass es ja alles gar nicht so schlimm ist. Nur leider ist es das. Heute (Anm.: Mitte Dezember) sind 1000 Leute gestorben. Das ist, als wären heute fünf Flugzeuge abgestürzt. Das sind Zahlen, die nicht mehr zu begreifen sind.

Die Fragen stellte Philipp Meinert

KREBSFRÜHERKENNUNG

FRÜHERKENNUNG VON KREBS AUCH FÜR MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN. AKTION MENSCH FÖRDERT PROJEKT

Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Angehörigen und Betreuer besser über Angebote und Möglichkeiten zur Vorbeugung, Früherkennung und Behandlung von Krebserkrankungen aufklären: Das ist das Ziel eines Projektes der Bremer Krebsgesellschaft.

„Es besteht dringender Handlungsbedarf“, sagt Projektleiterin Carolin Hauer. Denn nach einer Studie der Ärztekammer Nordrhein und der Universität Witten/Herdecke nehmen Menschen mit geistiger Behinderung Krebsfrüherkennungsuntersuchungen deutlich seltener in Anspruch als der Durchschnitt der Bevölkerung. Menschen mit geistigen Behinderungen sind oft medizinisch unterversorgt.

AKTION MENSCH

In einem Netzwerk wurden alle Akteure der Gesundheitsversorgung wie Ärzte und Beschäftigte in Einrichtungen und Werkstätten der Behindertenhilfe zunächst zusammengebracht und gemeinsam fortgebildet. Für Menschen mit Behinderungen gibt es Info-Treffs und jetzt ganz neu Materialien in leichter Sprache. Die Broschüren „Was hilft bei Krebs?“ und „Was heißt Krebs-Früherkennung?“ gibt es ab sofort bei der Bremer Krebsgesellschaft. Hier geht es um Fragen wie „Wie stellt der Arzt/die Ärztin den Krebs fest? Was für Behandlungen gibt es? Was sind Nebenwirkungen? Was ist das Krebs-Früherkennungsprogramm? Was für Untersuchungen gibt es für Frauen? Und für Männer? „Mit vielen Bildern und in Leichter Sprache wollen wir so über Krebserkrankungen aufklären“, sagt Hauer.

Geplant ist noch die Erstellung von Lerneinheiten für geistig behinderte Menschen, die in leichter Sprache das Thema Vorsorge verständlich machen.

Die Aktion Mensch fördert das Projekt für drei Jahre.

Die Broschüren können kostenfrei bei der Bremer Krebsgesellschaft bestellt werden (0421-4919222
info@bremerkrebsgesellschaft.de
www.bremerkrebsgesellschaft.de

MISSMUT HINTER DER MASKE?

WIE KITA-FACHKRÄFTE IM JAHR DER CORONAPANDEMIE EINE STIMME BEKAMEN

2020 standen Kitas im Zentrum der Aufmerksamkeit wie niemals zuvor. FRÖBEL war es wichtig, dass diejenigen, die die Einrichtungen trotz Corona am Laufen hielten auch öffentlich zu Wort kamen.

Als die Kitas in Deutschland im Frühjahr in die Notbetreuung gingen war die öffentliche Anerkennung für das Berufsfeld so hoch wie nie. Auch Kita-Fachkräfte waren plötzlich „systemrelevant“ – und deshalb völlig zurecht ein Teil jener Gruppe Heldinnen und Helden, die von den Balkonen unserer Republik beklatscht wurden. Die Politik feilte deshalb schon bald an Konzepten für die Rückkehr zum Regelbetrieb. Im April hat FRÖBEL erstmals in der Corona-Krise seine Beschäftigten befragt und einen großen Zwiespalt offengelegt: 40 Prozent der Mitarbeitenden forderten, die Notbetreuung so lange aufrecht zu erhalten, bis ein Impfstoff gefunden ist. 36 Prozent hatten dagegen eher Angst vor Kurzarbeit und plädierten deshalb dafür, die Einrichtungen allmählich wieder hochzufahren. „Für uns war somit klar: Wir müssen im Auftrag unserer Mitarbeitenden sehr genau hinschauen, wie sich die Politik den Regelbetrieb in der Pandemie vorstellt – und ihre Interessen gut vertreten.“, erinnert sich FRÖBEL-Geschäftsführer Stefan Spieker.

Die Ideen für den Regelbetrieb hat FRÖBEL zu diesem Zeitpunkt deshalb einem ersten Realitätscheck unterzogen. Mit einem Simulationsmodell zeigte der Träger: Der Kita-Betrieb in Kleingruppen von nur zehn Kindern wäre so personalintensiv, dass nur etwa die Hälfte aller Kinder in Deutschland betreut werden könnten.

Allein mit Ratschlägen und Konjunktiven

Im Sommer durften die Einrichtungen dann wieder regulär öffnen. Der Betreuungsalltag war aber erstaunlicherweise nicht von einer Vielzahl an Regeln, Vorschriften und Verboten geprägt – sondern eher von einem Sammelsurium an Empfehlungen, Handreichungen und Konjunktiven: Die Betreuung in festen Gruppen wurde vielerorts zwar empfohlen aber nicht verbindlich vorgeschrieben. So wundert es nicht, dass nach einigen Monaten Regelbetrieb fast 60 Prozent der FRÖBEL-Mitarbeitenden die Ki-



ta-Leitung als die Instanz ansahen, die maßgeblich darüber entscheidet, wie der Betreuungsalltag unter Corona aussieht. Nur 29 Prozent gestanden diese Rolle der Politik zu und nur elf Prozent dem Gesundheitsamt. Das war für die meisten aber kein Grund für Missmut: Ende August sprachen sich knapp 70 Prozent der Beschäftigten dafür aus, dass ihre Einrichtung auch im Falle eines erneuten Lockdowns für alle Kinder geöffnet bleibt.

Eine zweite Welle mit Ansage

Wie herausfordernd es werden sollte, diesen Anspruch in der nahenden Erkältungssaison auch umzusetzen zeigte sich im Herbst – da mussten Kita-Fachkräfte als eine der ersten Berufsgruppen in unserem Land bemerken, dass die Behörden bereits vielerorts am Limit arbeiteten. „Der Herbst 2020 war für unsere Leitungen geprägt vom Umgang mit überlasteten Gesundheitsämtern, vielen Telefonaten in deren Auftrag, widersprüchlichen Informationen und lotterierartigen Zuständen bei den Testmöglichkeiten“, resümiert Stefan Spieker

Im November ging Deutschland dann in den erneuten Lockdown – die Kitas blieben zunächst aber anders als im Frühjahr regulär geöffnet. Was für Kinder und Eltern eine gute Nachricht war, führte bei einigen Fachkräften auch zu Unsicherheit: Würde sich die Personalsituation in den Wintermonaten zuspitzen? Wie sollte man den Eltern dann Einschränkungen erklären? Schließlich beteuerten die Verantwortlichen aus der Politik gerade auf allen Kanälen, dass Kitas und Schulen bis zuletzt geöffnet bleiben. Mit insgesamt 92 Prozent fand die überwältigende Mehrheit der Fachkräfte bei FRÖBEL zwar, dass die Mütter und Väter in der aktuellen Situation verständnisvoll reagieren. 67 Prozent glaubten aber, dass sich die Stimmung drehen könnte, wenn Gruppen oder die Einrichtungen schließen.

FRÖBEL hat die Befürchtungen seiner Mitarbeitenden mit Unterstützung der Landesverbände Berlin und Nordrhein-Westfalen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands öffentlich gemacht: Dem „Brief an Deutschland“ haben sich mehr als 30 weitere Träger angeschlossen. Er verdeutlicht, dass es mehr braucht als politische Willensbekundungen, damit die Kitas in der Pandemie geöffnet bleiben können: Neben dem Verständnis bereits stark gebeutelter Eltern bedarf es auch der Rückendeckung durch die Politik. Denn gerade in der Corona-Zeit braucht es das sprichwörtliche ganze Dorf um ein Kind zu erziehen.

Mario Weis ist Pressesprecher bei der FRÖBEL Bildung und Erziehung gemeinnützige GmbH

DER PARITÄTISCHE ARMUTSBERICHT 2020

GEGEN ARMUT HILFT GELD

Mit 15,9 Prozent hat die Armutsquote in Deutschland einen historischen Wert erreicht. Es ist die größte gemessene Armut seit der Wiedervereinigung. Über 13 Millionen Menschen sind betroffen. Machte der letzte Paritätische Armutsbericht noch Hoffnung auf fallende Zahlen, so zeigt die aktuelle Auswertung wieder einen klaren Aufwärtstrend, beginnend am Tiefstpunkt in 2006 mit 14,0 Prozent bis hin zum aktuellen traurigen Spitzenwert. Es ist ein Anstieg um fast zwei Prozentpunkte bzw. fast 14 Prozent.

Auch der in den letzten Jahren erfreuliche Rückgang der Einkommensarmut in Ostdeutschland scheint erst einmal gestoppt. Sie stieg im Jahr 2019 von 17,5 auf 17,9 Prozent.

Der Wiederanstieg der Armut in 2019 erfolgte in Deutschland praktisch flächendeckend. 11 der 16 Bundesländer waren betroffen, dabei so bevölkerungsstarke wie Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Niedersachsen.

Den schlechtesten Wert zeigt, weit abgeschlagen, Bremen, wo mittlerweile jede*r Vierte zu den Armen gezählt werden muss, gefolgt von Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Nordrhein-Westfalen mit Quoten zwischen 18,5 und 19,5 Prozent. Am anderen Ende zeigen Bayern und Baden-Württemberg mit 11,9 und 12,3 Prozent mit Abstand die „besten“ Werte.

Das problematischste Bundesland bleibt Nordrhein-Westfalen. Nicht nur, dass es deutlich überproportional von Armut betroffen ist und zu den fünf Ländern mit der höchsten Armutsdichte zählt. Hinzu kommt die Dynamik: Seit Einsetzen des langfristigen Aufwärtstrends in 2006 ist die Armutsquote in Nordrhein-Westfalen zweieinhalbmal so schnell gewachsen wie die gesamtdeutsche Quote. Armutstreiber in Nordrhein-Westfalen ist das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 21,4 Prozent. Das größte Ballungsgebiet Deutschlands muss damit zweifellos als Problemregion Nummer 1 gelten.

Das höchste Armutsrisiko haben nach wie vor Arbeitslose (57,9 Prozent), Alleinerziehende (42,7 Prozent), kinderreiche Familien (30,9 Prozent), Menschen mit niedriger Qualifikation (41,7 Prozent) und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (35,2 Prozent). Bezeichnend ist, dass die Armutsquote bei all diesen ohnehin seit Jahren besonders armutsbetroffenen Gruppen von 2018 auf 2019 noch einmal zugenommen hat.

Beendet ist allerdings das 2016 und 2017 festzustellende Phänomen, dass die Armut unter Menschen mit deutschem Pass zurückging und ausschließlich unter Ausländer*innen anstieg. 2019 zeigt sich genauso wie bereits 2018 wieder für beide Personengruppen eine Entwicklung in die jeweils selbe Richtung.

Die mit Abstand stärkste Zunahme des Armutsrisikos zeigt im längerfristigen Vergleich die Gruppe der Rentner*innen und Pensionär*innen. Unter ihnen wuchs die Armutsquote seit 2006 um 66 Prozent. Aus einer eher geringen wurde mit 17,1 Prozent eine deutlich überdurchschnittliche Armutsquote.

Was die Sozialstruktur der Armut angeht, ist der ganz überwiegende Teil der Armen erwerbstätig (33,0 Prozent) oder in Rente (29,6 Prozent). Arbeitslose stellen dagegen mit knapp acht Prozent nur eine ausgesprochene Minderheit unter den Armen im erwerbsfähigen Alter.

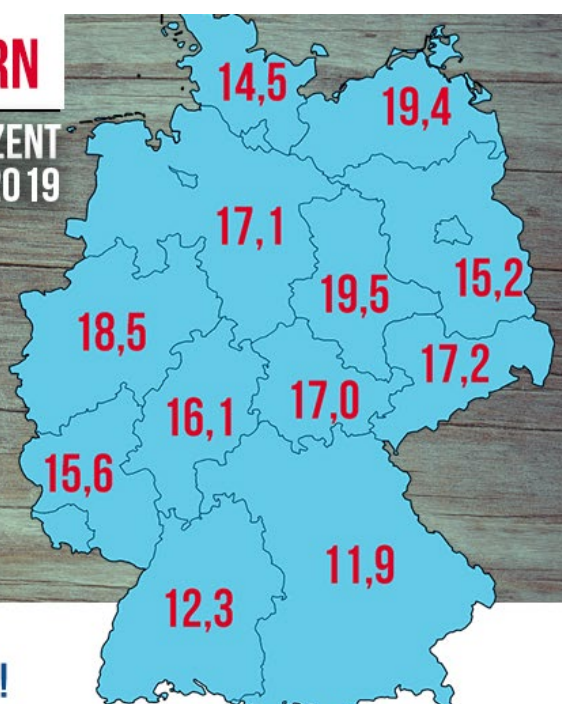
Der Paritätische Armutsbericht 2020 kann auf www.paritaet.org heruntergeladen werden

ARMUTSQUOTEN NACH BUNDESLÄNDERN



IN PROZENT
2019

BERLIN: 19,3
BREMEN: 24,9
HAMBURG: 15,0
SAARLAND: 17,0



**DER PARITÄTISCHE ARMUTSBERICHT 2020:
JETZT AUF WWW.PARITAET.ORG DOWNLOADEN!**

GEMEINSAMER AUFRUF

**EINMALIG BREITE ALLIANZ
FORDERT ANHEBUNG DER
REGELSÄTZE AUF MINDESTENS
600 EURO UND WEITERE
CORONA-SOFORTHILFEN FÜR
ARME MENSCHEN**

Spitzenvertreter*innen von 36 bundesweiten Gewerkschaften und Verbänden fordern in einem gemeinsamen Aufruf die zügige Anhebung der Regelsätze in Hartz IV und Altersgrundsicherung auf mindestens 600 Euro sowie sofortige zusätzliche Corona-Hilfen für arme Menschen. Das Spektrum der Unterzeichnenden des Aufrufs "Soforthilfen für die Armen - jetzt!!" reicht von Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, über Kultur, Wohnen, Umwelt bis zu Selbsthilfe und Gesundheit. Eine derart breite zivilgesellschaftliche Allianz für eine bedarfsgerechte, armutsfeste Anpassung der Regelsätze auf ein konkretes Niveau gab es noch nie. Die bisherige politische Unterlassung, arme Menschen durch eine auskömmliche Grundsicherung und effektive Corona-Hilfen zu entlasten, komme einem "armutspolitischen Offenbarungseid" gleich, so die Kritik.

"Bereits im ersten Lockdown 2020 wurden für Bezieher*innen von Hartz IV und Altersgrundsicherung keinerlei zusätzlichen Hilfen zur Verfügung gestellt, obwohl der zusätzliche Bedarf durch wegfallende Schulessen, geschlossene Tafeln, steigende Lebenshaltungskosten und insbesondere auch für Desinfektionsmittel und Masken offensichtlich gegeben war. Laptops für das Homeschooling wurden versprochen, auf die die Kinder vielfach noch heute warten. Umso unverständlicher ist dies, als zugleich hohe Milliardenbeträge zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zur Verfügung gestellt wurden", heißt es in



dem Aufruf. Da sich die Hoffnung auf ein Ende der Corona-Krise bis Jahresende 2020 nicht erfüllt habe und nicht absehbar sei, wie lange sich die anhaltende Pandemie noch hinziehe, sei akuter Handlungsbedarf gegeben.

Die jüngste Ankündigung von Hubertus Heil, endlich einen Zuschuss für coronabedingte Zusatz-Belastungen auf den Weg zu bringen, sei ein überfälliges und wichtiges Signal, doch reiche angesichts der bitteren Not der Betroffenen bei weitem nicht aus. Der fortgesetzte Lockdown und die bereits beschlossenen sowie die leider noch zu erwartenden Einschränkungen belasten einkommensarme Haushalte erheblich, zusätzlich zu den schon jetzt seit Monaten zu tragenden Mehrbelastungen. Die zum Januar 2021 vorgenommene Anpassung der Regelsätze habe dabei keinerlei Abhilfe gebracht. "Getrogen hat die Hoffnung, dass die Ärmsten spätestens mit der für 2021 anstehenden Anpassung der Regelsätze endlich entlastet würden. Im Gegenteil: Entgegen dem Rat und der Expertise aller Fachleute und von Gewerkschaften und Sozialverbänden erfolgte im Januar eine Erhöhung um lediglich 14 Euro auf 446 Euro, was einem armutspolitischen Offenbarungseid gleichkam", heißt es in dem Aufruf weiter.

Die Unterzeichnenden appellieren an die Bundesregierung, endlich armutspolitisch aktiv zu werden. Sie fordern für Bezieher*innen von Hartz IV und Grundsicherung für Alte und Erwerbsgeminderte die bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro sowie für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro. Darüber hinaus sei die Finanzierung der Anschaffung eines internetfähigen Computers sowie notwendiger Software für arme Schüler*innen als einmalige Leistung sicherzustellen. Schließlich sei eine Erneuerung der Miet- und Kreditmoralien dringend notwendig, um Mieter*innen bei andauernder Pandemie vor Wohnungsverlust zu schützen.

DIE KONKRETEN FORDERUNGEN:

- I für Bezieher*innen von Hartz IV und Grundsicherung für Alte und Erwerbsgeminderte die bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze auf mindestens 600 Euro sowie für die Dauer der Krise einen pauschalen Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro,
- I für alle Kinder und Jugendlichen in Familien mit niedrigem Einkommen Hard- und Software sowie weitere Lernmittel, die für die Nutzung der digitalen Bildungsangebote der Schulen notwendig sind, als einmalige Leistungen der Jobcenter,
- I zum Schutz aller, die aufgrund der Pandemie in Mietzahlungsschwierigkeiten geraten sind, ein erneutes Kündigungsschutzmoralium, um sicherzustellen, dass niemand aufgrund pandemiebedingter Einkommensverluste die Wohnung verliert. Auch das Kreditmoralium ist zu erneuern, um zu verhindern, dass Menschen aufgrund ihrer sozialen Situation in Existenznot geraten.

WEITERLESEN
Den gesamten Aufruf finden Sie auf www.paritaet.org

"WIR ERWARTEN VON DIESER BUNDESREGIERUNG OHNE WENN UND ABER UND OHNE WEITERE AUSFLÜCHTE, DASS SIE ENDLICH AUCH ETWAS FÜR DIE ARMEN TUT, DAS WIRKLICH SUBSTANZ HAT. ARM SEIN IST TEUER, SYMBOLPOLITIK KÖNNEN WIR UNS NICHT MEHR LEISTEN."

ULRICH SCHNEIDER
HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DES PARITÄTISCHEN GESAMTVERBANDES

#MINDESTENS600 EURO REGELSATZ



UNTERZEIGNER*INNEN

- Marlis Tepe, **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**
- Frank Werneke, **ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft**
- Prof. Dr. Jens Schubert, **AWO Bundesverband e.V.**
- Dr. Ulrich Schneider, **Der Paritätische Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.**
- Maria Loheide, **Diakonie Deutschland - Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.**
- Adolf Bauer, **Sozialverband Deutschland e.V.**
- Verena Bentele, **Sozialverband VdK e.V.**
- Susanna Karawanskij, **Volkssolidarität Bundesverband e.V.**
- Aron Schuster, **Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.**
- Heinz Hilgers, **Deutscher Kinderschutzbund Bundesverband e.V.**
- Holger Hofmann, **Deutsches Kinderhilfswerk e.V.**
- Olaf Bandt, **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/ Friends of the Earth Germany**
- Olaf Zimmermann, **Deutscher Kulturrat e.V.**
- Dr. Melanie Weber-Moritz, **Deutscher Mieterbund e.V.**
- Jochen Brühl, **Tafel Deutschland e.V.**
- Martin Rücker, **foodwatch e.V.**
- Georg Grohmann, **BAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit e.V.**
- Benjamin Andrae, **Bundesverband anthroposophisches Sozialwesen e.V.**
- Birgit Görres, **Dachverband Gemeindepsychiatrie e.V.**
- Dr. Klaus-Dieter Warz, **DEUTSCHE DIABETES FÖDERATION e.V.**
- Wolfgang Schreck und Oliver Kunz, **Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e.V.**
- Christel Achberger, **Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.**
- Herbert Temmes, **Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft, Bundesverband e.V.**
- Prof. Christel Bienstein, **Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe - DBfK Bundesverband e.V.**
- Gunter Erbe, **Deutscher Wohlfahrtsverband für Gehör- und Sprachgeschädigte GSW e.V.**
- Georg Roth, **Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren (BISS e.V.)**
- Uwe Weppler, **PARITÄTisches Bildungswerk Bundesverband e.V.**
- Christian Molke, **ADRA Deutschland e.V.**
- Andreas Luttmer-Bensmann, **Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)**
- Uwe Hixsch, **NaturFreunde Deutschlands**
- Volkmar Proschwitz, **Advent Wohlfahrtswerk e.V.**
- Carmen Thiele, **PFAD Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien e.V.**
- Helena Steinhaus, **Sanktionsfrei e.V.**
- Annegret Gabelin, **Sozialwerk des dfb (Dachverband) e.V.**
- Heiko Frost, **Verband Deutscher Schullandheime e.V.**
- Britta Altenkamp, **Zukunftsforum Familie e.V.**

JUBILÄUM

5 JAHRE SPRINT GENOSSENSCHAFT!

Seit insgesamt 20 Jahren setzt die Paritätische Mitgliedsorganisation SprInt aus Wuppertal erfolgreich Maßstäbe im Bereich der professionellen, kultursensiblen und fachkompetenten Sprach- und Integrationsmittlung (SprInt). Als gemeinnützige eingetragene Genossenschaft besteht SprInt seit nunmehr 5 Jahren.

Achim Pohlmann, Gründungsmitglied und geschäftsführender Vorstand der SprInt geG erklärt: „Unsere Maßstäbe an die Qualität unserer Sprach- und Integrationsmittlung sind führend in der Branche. Wir schaffen seit Jahren höchste Standards durch eine umfangreiche 18-monatige Qualifizierung unserer SprInts, stetige Personalentwicklung und die kontinuierliche Auswertung des Kundenfeedbacks. Unser 5-jähriges Jubiläum am 15.12.2020 unserer Genossenschaft macht uns stolz und bestärkt uns in unserer Arbeit und deren Bedeutsamkeit. So blicken wir mit viel Engagement und Tatkraft in die SprInt-Zukunft.“

Die SprInt geG unterstützt tagtäglich Behörden, Unternehmen und Einrichtungen im Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Justizwesen bei der Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund. Das Ziel ist eine schnelle, effektive und kultursensible Kommunikation. Dabei erfüllen die SprInts drei wesentliche Aufgaben: Dolmetschen, das Erläutern von kulturellen Hintergründen und die Assistenzfähigkeit für Fachkräfte – persönlich direkt vor Ort, per Telefon oder per Video.

Weitere Infos unter www.sprinteg.de



KEINE FAULEN KOMPROMISSE: PARITÄTISCHER BEGRÜSST REFORMKONZEPT DER GRÜNEN ZUR ÜBERWINDUNG VON HARTZ IV

Als „großen Wurf“ begrüßt der Paritätische Wohlfahrtsverband das heute von der Grünen Bundestagsfraktion vorgestellte Konzept einer Garantiesicherung für einkommensarme Menschen. Auch wenn man über Details diskutieren könne, sei das Grüne Modell eine glaubhafte politische Ansage für einer Überwindung von Hartz IV.

„Ein jeder Vorschlag für eine Reform der Grundsicherung muss sich daran messen lassen, ob er tatsächlich Armut beseitigt sowie die Misstrauenskultur und das negative Menschenbild in Hartz beendet“, macht Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider die Position des Verbandes deutlich. Eine sehr deutliche und am wirklichen Bedarf orientierte Erhöhung der Regelleistungen, die Abschaffung der Sanktionen und die Zurücknahme überzogener Kontrollen seien die wesentlichen Prüfkriterien für einen Vorschlag, der sich Reform nennen möchte. Das Grüne Konzept für eine Garantiesicherung werde diesen Kriterien gerecht. „Der Vorschlag der Grünen eröffnet im Gegensatz zu so manchem Auf-der-Stelle-Treten und politischem Klein-Klein echte Reformperspektive“, betont Schneider.

Ausdrücklich unterstütze der Paritätische Gesamtverband die Erhöhung der Regelsätze in Hartz IV auf über 600 Euro, wie es die Grünen vorsehen. „Alles, was darunter bleibt, beseitigt keine Armut, sondern zementiert sie“, klagt Schneider. Dies betreffe ausdrücklich auch die letzte Erhöhung der Regelsätze um lediglich 14 auf 446 Euro, die einem armutspolitischen Offenbarungseid der Bundesregierung gleichkäme.

Auf „uneingeschränkte Zustimmung“ stößt ebenfalls die geplante Abschaffung der Sanktionen in Hartz IV, die der Verband als grundgesetzwidrig und „völlig überholte Rohrstockpädagogik“ kritisiert. „Was die Sanktionen in Hartz IV anbelangt, braucht es einen ganz klaren Schnitt ohne Hintertüren und Kompromisse“, betont Schneider. „Anders lässt sich das misanthropische Menschenbild, das Hartz IV prägt, nicht überwinden“. Auch Hartz IV-Bezieher hätten ein Anrecht auf Bürgerfreundlichkeit, anstatt permanentem Misstrauen und Verdächtigungen ausgesetzt zu sein.

Insofern sei auch die Abschaffung der aufwendigen, aber meist völlig sinnlosen Vermögensprüfung nur zu unterstützen. Eine Selbstauskunft, wie sie die Grünen vorschlagen, reiche bei Menschen, die in aller Regel ohnehin kaum Ersparnis hätten, völlig aus. Die Anhebung der Vermögensfreigrenze auf 60.000 Euro sei in jedem Falle beizubehalten.

PFLEGE

BRANDBRIEF AN BUNDESGESUNDHEITSMINISTER: PARITÄTISCHER FORDERT PERSONELLE SOFORTMASSNAHMEN FÜR PFLEGEHEIME UND -DIENSTE IN DER CORONA-PANDEMIE

In einem Brandbrief an Bundesgesundheitsminister Jens Spahn fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband externe personelle Unterstützung für Pflegeheime und Pflegedienste in der Corona-Pandemie. In der aktuellen Ausnahmesituation sei eine „nationale Kraftanstrengung“ nötig. Die neu beschlossene verpflichtende Testung mehrmals pro Woche für Pflegepersonal sei nur verlässlich umzusetzen, wenn externes Personal, wie beispielsweise Mitarbeitende des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) oder Bundeswehrangehörige herangezogen werden, mahnt der Verband.

Der Paritätische begrüßt die Verpflichtung und Klarstellung zur Testung in Alten- und Pflegeeinrichtungen vor dem Hintergrund des aktuellen Infektionsgeschehens als absolut nachvollziehbar, mahnt jedoch die Einrichtungen und Dienste in dieser schwierigen Lage nicht alleine zu lassen. „Jeder fünfte in Pflegeheimen an COVID-19 Erkrankte stirbt. Die Lage ist also dramatisch. Pflegenden arbeiten nach über neun Monaten Pandemie am Limit. Sie können die anstehenden Aufgaben bei den Testungen vielerorts nicht mehr alleine bewältigen. Wenn der Infektionsschutz der vulnerablen Gruppen in Pflegeeinrichtungen und -diensten durch Tests als eines der obersten Ziele weiter gestärkt werden soll, geht dies nur mit Hilfe von Außen. Dies gilt umso mehr in der anstehenden Weihnachtszeit, wenn wir beispielsweise mit mehr Tests von Besucher*innen etwas mehr Sicherheit geben wollen“, heißt es in dem Schreiben von Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, unter dessen Dach rund 2000 Pflegeeinrichtungen und Dienste organisiert sind. „Angesichts der dramatischen Situation appellieren wir an Sie Herr Bundesminister, Pflegebedürftige und die sie versorgenden und pflegenden Dienste und Heime nicht alleine zu lassen, sondern bitten Sie nachdrücklich darum, sich mit aller Kraft für tatkräftige Unterstützung der Einrichtungen und Dienste einzusetzen.“

Der Paritätische fordert die Unterstützung von Mitarbeitenden des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK), sofern diese nicht andernorts im Einsatz sind. „Ein MDK-Mitarbeitender, der bei den Einrichtungen und Diensten, die es am dringendsten brauchen, Mitarbeitende und Besucher*innen testet, würde schon viel bringen“, so Schneider. Darüber hinaus brauche es eine gezielte Kampagne, um Menschen mit pflegerischer Ausbildung aus anderen Bereichen als Unterstützung anzusprechen. Dabei müsse gesetzlich geregelt sein, dass Arbeitgeber ihre Beschäftigten auch für diese Aufgabe freistellen müssen. Und schließlich könnten aus Sicht des Wohlfahrtsverbandes auch Bundeswehrangehörige nicht nur in Gesundheitsämtern, sondern auch in Pflegeeinrichtungen aushelfen.

Schließlich appelliert der Verband an die Politik, sich klar vor das Pflegepersonal zu stellen. „Wir alle wissen, dass trotz gewissenhafter Umsetzung der Schutz- und Hygienekonzepte ein Restrisiko bleibt. Eine 100prozentige Sicherheit gibt es leider nicht. Vor diesem Hintergrund haben wir auch keinerlei Verständnis dafür, dass Pflegekräfte und Einrichtungsleitungen bei auftretenden Covid-Infektionen sich mehr und mehr pauschalen Anschuldigungen der Fahrlässigkeit oder Unfähigkeit ausgesetzt sehen.“

EINKOMMENSARME FAMILIEN IM LOCKDOWN NICHT ALLEIN LASSEN - PARITÄTISCHER FORDERT SOFORT-MASSNAHMEN

Angesichts der geplanten Verlängerung und Verschärfung des Lockdowns fordert der Paritätische Gesamtverband Sofortmaßnahmen des Bundes zur Unterstützung einkommensarmer Familien. Konkret fordert der Paritätische ein Sofortprogramm zur Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten durch eine sofortige Erhöhung von Grundsicherungsleistungen um 100 Euro monatlich, die Finanzierung von schulisch notwendigen Notebooks durch die Jobcenter und eine Neuauflage des bereits letzten Juni ausgelaufenen Moratoriums bei Mietschulden.

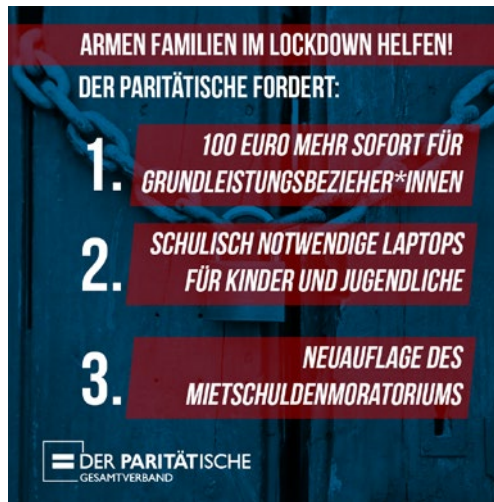
„Die Bundesregierung hat es in den vergangenen Monaten versäumt, dafür zu sorgen, dass einkommensarme Haushalte in der Krise nicht noch weiter abgehängt werden“, kritisierte der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, Ulrich Schneider. „Bei all den Milliarden, die bisher zur Bewältigung der Corona-Krise ausgegeben wurden, findet sich kaum ein Cent für Menschen in Hartz IV oder Altersgrundsicherung. Wir dürfen die Ärmsten nicht länger mit gestiegenen Ausgaben für Schutzmaßnahmen und weggefallenen Hilfsangeboten aufgrund von Einrichtungsschließungen alleine lassen. Es ist vordringliche Aufgabe der Politik, in dieser Pandemie die Gesellschaft zusammenzuhalten“, appellierte Schneider.

Da die Ausstattung von Kindern aus einkommensarmen Familien mit Notebooks und anderen digitalen Lernmitteln noch immer nicht gesichert sei, müssten entsprechende Ausgaben

für alle Bezugsberechtigten von Bildungs- und Teilhabeleistungen durch die Jobcenter übernommen werden. Um den unverändert hohen Bedarf an Hygiene- und Schutzartikeln sicherzustellen und wegfallende Hilfen, etwa Schulmittagessen, unbürokratisch kompensieren zu helfen, seien die Regelleistungen in der Grundsicherung in der Pandemie um monatlich 100 Euro pro Person zu erhöhen. Darüber müsse das bereits im Juni letzten Jahres ausgelaufene Kündigungs- und Kreditmoratorium für Mieterinnen und Mieter erneuert werden. „Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass Menschen aufgrund der andauernden Einkommenseinbußen das Dach über dem Kopf verlieren oder aufgrund einer Verschuldung ihre Strom- oder Wasserversorgung verlieren“, betonte Ulrich Schneider. Arbeitsagenturen, Jobcenter und Grundsicherungsträger müssten

darüber hinaus flächendeckend persönliche Beratungsangebote bereitstellen, da die bestehenden digitalen und telefonischen Angebote eine zu hohe Hürde für viele unterstützungsbedürftige Menschen, etwa Wohnungslose, darstellten. Der Verband wies erneut darauf hin, dass die Leistungen der Grundsicherung schon bislang viel zu niedrig bemessen gewesen seien. Mit den pandemiebedingten Mehrausgaben, die durch die viel zu geringe Regelsatzerhöhung zu Jahresbeginn, nicht annähernd ausgeglichen worden seien, habe sich die Not einkommensarmer Familien noch vergrößert. Für Kinder zwischen 6 und 13

Jahren seien die Leistungen beispielsweise lediglich um einen Euro monatlich erhöht worden. „An grundlegenden Bildungs- und Teilhabeleistungen zu sparen, können wir uns nicht leisten“, betonte der Verband.



VORMERKEN!

„FÜR ALLE, NICHT DIE WENIGEN“ NEUES BUCH ERSCHEINT IM JUNI 2021

„Warum wir unsere Zukunft nicht den Märkten überlassen dürfen“ - das ist der Untertitel des neuen Sammelbandes, herausgegeben von Ulrich Schneider. Am 7. Juni erscheint es im traditionsreichen Berliner Westend Verlag, wo unser Hauptgeschäftsführer schon mehrere Bücher veröffentlicht hat.

Der Verlag kündigt an: „Individuelles Gewinnstreben und Wettbewerb sorgen wie von selbst dafür, dass die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung zu jeweils angemessenen Preisen erfolgt. Das ist eine der Kernthesen des Neoliberalismus. Doch dem ist nicht so. Im Gegenteil: Der sogenannte freie Markt und seine ungezügelter Profitorientierung haben zu einer tiefen sozialen Spaltung unserer Gesellschaft und zur Ausgrenzung von immer mehr Menschen geführt. Ulrich Schneider hat namhafte Expertinnen und Experten aus den Bereichen Gesundheit, Kul-

tur, Energie, Verkehr und Landwirtschaft versammelt, die die Grenzen eines profitorientierten Wirtschaftens aufdecken und Alternativen aufzeigen.

Enthalten sind Beiträge von Dierk Hirschel, Olaf Bandt, Elisabeth Fresen, Melanie Weber-Moritz, Olaf Zimmermann, Hermann Schulte-Sasse, Cornelia Harrer und Ulrich Schneider sowie den Mitarbeiter*innen des Paritätischen Gesamtverbandes Joachim Rock (Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa) und Mara Dehmer (Referentin für Kommunale Sozialarbeit).



Weitere Informationen auf www.westendverlag.de

VIELFALT OHNE ALTERNATIVE

SO WAR ES ONLINE MIT 48 STUNDEN
VIELFALT OHNE ALTERNATIVE

Wie kann ich als soziale Organisation, Initiative oder Einrichtung künftig meinen Job machen, wenn Rechte pöbeln, drohen und sogar in den Parlamenten mitbestimmen? Wie kann ich gemeinsam mit der Kollegin, der Gemeinde, dem Verband aktiv werden gegen Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit? Wie biete ich rassistischer Hetze im Alltag souverän die Stirn?

Mit diesen und anderen Fragen trafen sich fast 200 Interessierte am 5. und 6. November virtuell auf der Konferenz „48 Stunden Vielfalt ohne Alternative – online!“. An zwei Tagen informierten, diskutierten und vernetzten sich in zahlreichen Ideen- und Fachwerkstätten, lauschten spannenden Vorträgen von Haupt- und Ehrenamtlichen aus allen Bereichen der Sozialen Arbeit.

Die Teilnehmer*innen tauschen sich mit Expert*innen aus, die ihnen Hintergründe vermittelten und Tipps gaben zum Umgang mit parlamentarischen Anfragen von Rechts, mit Verschwörungserzählungen und Fake News, diskriminierenden Handlungen im Arbeitsumfeld, Hass und Hetze in sozialen Medien und nicht zuletzt Öffentlichkeitsstrategien der AfD.

Eine besondere Herausforderung bestand darin, trotz der rein virtuellen Umgebung ein positives Gemeinschaftsgefühl mit viel Raum zum individuellen Austausch zu schaffen. Gemessen an den vielfach positiven Rückmeldungen ist dieses Kunststück durchaus gelungen.

Für eine gute Arbeits- und Austauschatmosphäre zu sorgen, war elementar für das Ziel der Konferenz: Die Erarbeitung gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten, ausgehend von den Erfahrungen und Interessen der Teilnehmer*innen, stand im Mittelpunkt. Umgesetzt wurde dies in mehr als einem Dutzend selbstorganisierten Arbeitsgruppen, in denen auch die Hürde zur Benutzung der vorgestellten Online-Kollaborationswerkzeuge schnell überwunden wurde.

An dem gemeinsam Erarbeiteten anzuknüpfen und die erreichte Vernetzung weiter auszubauen ist das Anliegen eines neuen Formats, das am **10. Februar 2021** startet. Unter dem Titel „Gesprächskreis Vielfalt ohne Alternative!“ sind alle eingeladen, die den Erfahrungsaustausch vertiefen möchten. Thema des ersten Treffens werden Verschwörungsideologien sein.



Christian Webling ist Referent des Projekts Beratung gegen Rechts beim Paritätischen Gesamtverband. Kontakt unter bgr@paritaet.org. Infos: vielfalt-ohne-alternative.de

Druck aus den Parlamenten - Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts



Die in Kooperation mit dem Verein für demokratische Kultur in Berlin e.V. erstellte Handreichung analysiert die Herausforderungen, die für Soziale Organisationen und Projekte durch rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur*innen in den Parlamenten entstehen und stellt detaillierte Handlungsempfehlungen vor.

Soziale Organisationen und Projekte, die sich explizit für eine demokratische, offene

und vielfältige Gesellschaft einsetzen, geraten immer öfter unter politischen Druck von rechts. Häufiges Mittel ist dabei der Vorwurf, sich politisch nicht neutral zu verhalten, bis hin zu der Unterstellung einer Nähe zum „Linksextremismus“. Mit der Forderung, sich „neutral“ zu verhalten, ist letztendlich ein Abrücken von bestimmten Positionen gemeint – insbesondere von einer

kritischen Haltung gegenüber Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Rechten Kräften ist ein Verständnis von Sozialer Arbeit ein Dorn im Auge, das politische Einmischung dort verlangt, wo Würde und Gleichwertigkeit aller Menschen durch Diskriminierung und antidemokratische Tendenzen infrage gestellt werden. Die Anfeindungen sind Ausdruck einer autoritären Politik, die auf einem homogenen Volkskonzept beruht und sich aktiv gegen all jene Kräfte richtet, die sich für plurale Gesellschaftsentwürfe einsetzen. Dazu gehören auch Wohlfahrtsverbände wie der Paritätische und seine Mitgliedsorganisationen, die sich klar gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit positionieren und daher die Politik der AfD als unvereinbar mit der eigenen menschenrechtsorientierten Haltung empfinden.

Welcher Mittel bedienen sich die Rechtsextremen und Rechtspopulist*innen? Wie argumentieren sie? Wer ist von den Anfeindungen betroffen? Und welche Ziele verfolgt die Strategie? Darum geht es im ersten Teil der Broschüre.

Im zweiten Teil der Handreichung werden Anregungen, Tipps sowie Handlungsempfehlungen für betroffene Einrichtungen, Organisationen und Mitarbeiter*innen vorgestellt.

Die Handreichung ist unter bgr@paritaet.org kostenfrei als Printversion bestellbar.

GESCHLECHTLICHE VIelfALT STÄRKEN:

INTERVIEW MIT LUAN PERTL VON OII EUROPE

Der Paritätische hat im Jahr 2020 das Projekt „Geschlechtliche Vielfalt & diskriminierungsfreie Teilhabe: Fort- und Weiterbildungsangebote zu inter* und trans*- Beratung im Paritätischen“ durchgeführt. Das Projekt war eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Kooperation zwischen dem Paritätischen Gesamtverband, dem Bundesverband Trans* (BVT*) und dem Paritätischen Bildungswerk Bundesverband. Ziel war, in Online-Seminaren mit Mitarbeiter*innen aus allen Feldern der Sozialen Arbeit in Kontakt zu kommen, die bislang keine oder kaum Beratungskompetenz in den Themen inter* und trans* haben. Luan Pertl von OII Europe führte einige Seminare durch. Katrin Frank, Referentin für Familienhilfe/-politik, Frauen und Frühe Hilfen im Paritätischen Gesamtverband, interviewte Luan Pertl hierzu.



Warum sollte das Thema Intergeschlechtlichkeit in den Paritätischen Strukturen proaktiver angegangen werden?

Die Workshops, die ich mit euch bzw. mit Melike Çınar vom Paritätischen Bildungswerk machen konnte, sind ein wichtiger Schritt, um das Thema Intergeschlechtlichkeit in die Paritätischen Strukturen zu bringen. Für mich als inter* Person ist es wichtig so viele Menschen wie möglich zu sensibilisieren, damit diese auf der einen Seite als Multiplikator*innen wirken können. Auf der anderen Seite sollen aber auch damit eure Beratungsstellen, eure Vernetzung zu Hebammen, Schulen, Kitas für intergeschlechtliche Menschen eine erste Anlaufstelle sein. Außerdem soll natürlich auch im Bildungssystem ein „normaler“ Umgang mit diesem Thema geschaffen werden. Von Kindheit an sollen Menschen mit der Realität der Geschlechtlichen Vielfalt aufwachsen können, denn dann können auch inter* Menschen frei in ihrer Realität leben. Einfacher ausgedrückt, wenn alle von Beginn an in der Schule alle Geschlechter lernen (z.B. im Biologieunterricht), dann sind wir einfach alle am selben Wissensstand und niemand muss sich komisch oder anders fühlen. Vor allem - wenn die Gesellschaft aufgeklärter ist - hoffe ich auch, dass sich die Medizin mit dem Thema sensibilisierter beschäftigen wird und mit den nicht konsensuellen, nicht lebensnotwendigen Behandlungen und Operationen an intergeschlechtlichen Menschen endlich aufhört.

Was denkst Du, muss in Deutschland mit Blick auf Inter* angegangen werden?

Wie schon gesagt, muss für mich ein ganz klares Verbot dieser

nicht konsensuellen Operationen und Behandlungen durchgesetzt werden. Dies sind Menschenrechtsverletzungen. Es gibt diverse Rügen der UN an die verschiedensten Länder Europas, dass diese medizinischen Praktiken grausam, inhuman, ja sogar als Folter betitelt werden. Das muss sowohl die Medizin, als auch die Gesellschaft endlich verstehen. Es darf nurmehr ganz klar Behandlungen geben für wirklich lebensbedrohliche Situationen, alles andere kann man abwarten, bis das Kind sich selbst mit dem Thema auseinandergesetzt hat und eine Entscheidung treffen kann bzw. treffen will. Dafür braucht es natürlich die Aufklärung in allen Bereichen der Gesellschaft, damit dieses Verständnis endlich erreicht werden kann.

Was ist der größte Unterschied für Dich in der Inter* und Trans*beratung?

Das ist eine gute Frage. Ich glaube es gibt viele unterschiedliche Unterschiede. Es gibt natürlich eine unterschiedliche Sichtweise auf Operationen, oder Behandlungen. Trans* Menschen, die ich kenne, definieren das Thema Trans* als Geschlechtsidentitätsthema, für mich geht es hingegen bei Intergeschlechtlichkeit um das biologische Geschlecht. Also ich wurde Intergeschlechtlich geboren, meine Geschlechtsidentität kann aber Frau, Mann, Inter* sein. Aber was für mich viel wichtiger ist, sind die Gemeinsamkeiten, die wir haben, wir erfahren massive Diskriminierungen, beide Gruppen werden von der Medizin sehr pathologisiert und beide Gruppen kämpfen für unsere jeweilige, aber auch gemeinsame Selbstbestimmung. Selbstbestimmung auf unseren Körper, unsere Identität, unsere Namenswahl, unser SEIN.

Die Frage stellte Kathrin Frank, Referentin für Familienhilfe/-politik, Frauen und Frühe Hilfen beim Paritätischen Gesamtverband

HINTERGRUND

WAS SIND INTERGESCHLECHTLICHKEIT UND TRANSGESCHLECHTLICHKEIT ?

Der Begriff Intergeschlechtlichkeit meint Menschen, deren körperlich-biologisches Geschlecht nicht in die medizinische und gesellschaftliche Norm weiblicher und männlicher Körper passt. Dies kann in der Ausprägung der Chromosomen, der Keimdrüsen oder der anatomischen Entwicklung von primären oder sekundären Geschlechtsmerkmalen begründet sein. Viele intergeschlechtliche Menschen werden im Säuglingsalter nicht konsensual operiert, d.h. sie bekommen eine „Geschlechtsangleichung“, ohne dass sie zustimmen konnten oder ihr Geschlecht selbst wählen durften.

Der Begriff Transgeschlechtlichkeit meint Menschen, die sich nicht (nur) mit dem ihnen bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren. Der Begriff bezieht sich damit auf die Vielzahl der Geschlechtsidentitäten.

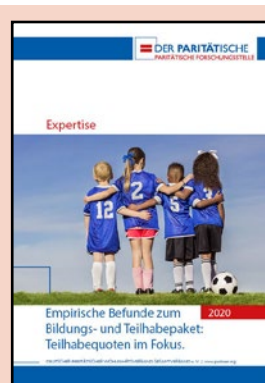
In beiden Personengruppen befinden sich sowohl Menschen, die sich mit einem binären Geschlecht (männlich oder weiblich) identifizieren als auch solche, die das nicht tun.

FRISCH VERÖFFENTLICHT



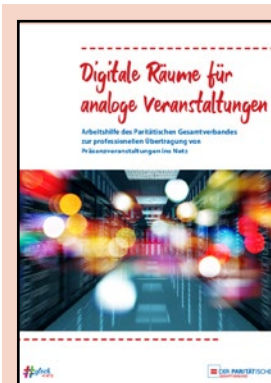
Die Einbindung der Pflegeeinrichtungen in die Telematikinfrastruktur

Die vorliegende Information geht auf die gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen des Digitale-Versorgungs-Gesetzes ein, erläutert notwendige Komponenten und Begriffe, informiert über die Anwendungs- und Zugriffsmöglichkeiten.



Expertise: Empirische Befunde zum Bildungs- und Teilhabepaket: Teilhabequoten im Fokus

Im Mittelpunkt der vorliegenden Expertise stehen die Förderung der Teilhabe (Sport, Spiel, Geselligkeit, Kultur, musischer Unterricht, Freizeiten) durch Erstattung (bspw. von Vereinsbeiträgen).



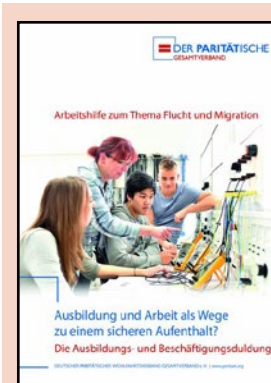
Digitale Räume für analoge Veranstaltungen

Die Arbeitshilfe des Paritätischen Gesamtverbandes zur professionellen Übertragung von Präsenzveranstaltungen ins Netz ist jetzt online.



Arbeitshilfe für die Beratung von Unionsbürger*innen

Anspruch auf SGB II-Leistungen mit Aufenthaltsrecht nach Art. 10 VO 492/2011



Ausbildung und Arbeit als Wege zu einem sicheren Aufenthalt? Die Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung.

Die vorliegende Arbeitshilfe zur Neuregelung der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung richtet sich in erster Linie an Berater*innen für Geflüchtete und wurde bewusst praxisorientiert gestaltet.



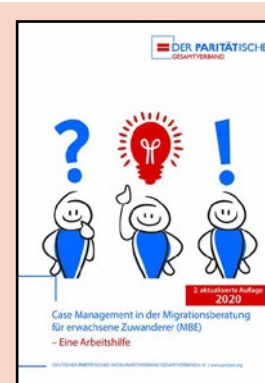
Der Paritätische Teilhabebericht 2020: Teilhabe und Geschlecht im frühen und mittleren Erwachsenenalter

Der Teilhabebericht ist entstanden im Rahmen des Projekts: „Teilhabe-forschung: Inklusion wirksam gestalten“



Familienleistungen. Die Ansprüche für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit

Anliegen rund um das Thema Familie gehören zu den häufigsten Beratungsthemen in der Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer (MBE). Hier finden Sie Antworten auf die häufigsten Fragen.



Case Management in der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE)

In dieser Arbeitshilfe geht es um den Versuch, ein gemeinsames Verständnis zu entwickeln, wie Case Management umgesetzt werden kann, ohne die Interessen ratsuchender Personen aus dem Blick zu verlieren.

Diese und weitere Broschüren finden Sie auf www.paritaet.org unter „Publikationen“ zum kostenlosen Download!

AUS DEN LANDESVERBÄNDEN

HESSEN

DIE PANDEMIE ALS GESELLSCHAFTLICHER KIPPPUNKT

Corona trifft Menschen in prekären Lebenslagen am stärksten und rückt Probleme wie Wohnungsmangel und Mietenwahnsinn noch stärker in den Fokus. Der Paritätische Hessen hat daher bei der Kampagne #FrankfurtHatPlatz mitgemacht: Zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember forderte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis eine menschenwürdige Unterkunft für alle. Verteilt in der Stadt wurden Banner mit dieser Forderung aufgehängt, eines davon auch an der Landesgeschäftsstelle des Paritätischen Hessen.

Das Problem hat viele Facetten: Die Situation von Wohnungslosen ist in der Pandemie noch untragbarer geworden, in Sammelunterkünften für Geflüchtete ist ein Infektionsschutz nicht möglich, Corona-Ausbrüche häufen sich dort. Der Paritätische Hessen fordert die dezentrale Unterbringung Geflüchteter und ein Landesaufnahmeprogramm für besonders verletzte Flüchtlinge aus Flüchtlingslagern außerhalb Deutschlands.

Geringverdienende sind häufiger von Einkommenseinbußen betroffen als Menschen mit hohem Einkommen. Gleichzeitig steigen die Mieten im Rhein-Main-Gebiet weiter, während Wohnungsbaukonzerne steigende Aktienkurse verzeichnen. Diese offensichtliche Schiefelage muss umgehend korrigiert werden. Die Folgen der Krise dürfen nicht einseitig den Mieter*innen aufgebürdet werden.

Eine stärkere Unterstützung für von Armut Betroffene unter anderem durch einen Aufschlag auf die Hartz IV-Leistungen forderte Dr. Wolfgang Werner, der Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Hessen, bei der Mitgliederversammlung, die im November 2020 online stattfand. „Politik muss die Corona-Pandemie als gesellschaftlichen Kipppunkt erkennen und auf Bundes- und Landesebene grundlegend umdenken“, so Dr. Yasmin Alinaghi (Foto), Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Hessen.



Barbara Helfrich
 Der Paritätische Hessen

Weitere Informationen: www.paritaet-hessen.org

BREMEN

BUND BREMEN UND PARITÄTISCHER BREMEN VEREINBAREN ZUSAMMENARBEIT

Mit dem Ziel einer sozial-ökologischen Neuausrichtung haben der BUND Bremen und der Paritätische Bremen ihre Zusammenarbeit gestartet.

Mit einem Neun-Punkte Papier haben beide Organisationen gemeinsame Eckpunkte formuliert. „In Gesundheit und Ernährung, Pflege, soziale Dienstleistungen, Bildung, erneuerbare Energien, Mobilität, klimagerechte Stadtentwicklung und Wohnen muss vorrangig investiert werden, um in unserem Bundesland eine zukunftsorientierte sozial-ökologische Infrastruktur aufzubauen“, sagt Parität-Vorsitzender Hermann Schulte-Sasse.

Nächste Schritte der Zusammenarbeit sind die Erarbeitung von konkreten Beratungsangeboten und Fortbildungsveranstaltungen für Paritätische Mitgliedsorganisationen. Und es geht noch um mehr. „Wir müssen künftig die sozial-ökologische Transformation in unsere Verbandspolitik und -strukturen übersetzen“, so Schulte-Sasse.

PSYCHNAVI - HILFE BEI PSYCHISCHEN PROBLEMEN IN BREMEN UND BREMERHAVEN: NEUES ANGEBOT DES ASB BREMEN

Schnelle Hilfe für Menschen in psychischen Krisen bietet die Plattform psychNAVi www.psychnavi-bremen.de und www.psychnavi-bremerhaven.de. Sie bietet sowohl eine gezielte Suche nach Kategorien als auch eine alphabetische Suche nach Hilfsangeboten an. Um in Krisensituationen die richtige Unterstützung zu erhalten, ermittelt die Suchfunktion die richtigen Ansprechpartner direkt vor Ort.

Konzipiert und umgesetzt wurde psychNAVi durch psychiatrieeerfahrenen Mitarbeiter/innen der ASB Gesellschaft für Seelische Gesundheit mbH. Das Angebot wird auch in Gebärdensprache und in Leichter Sprache beschrieben. Gefördert wird psychNAVi durch das Bremer Gesundheitsressort.

Anke Teebken
 Der Paritätische Bremen

Weitere Informationen: www.paritaet-bremen.de

PARITÄTISCHE (ONLINE-) TERMINE


9.2.2021
**Train-the-Online-Trainer:
Online-Training für Lehrende**

Wenn Sie Schritt für Schritt lernen möchten, wie Sie Ihre Präsenzseminare am besten in ein Online-Format transformieren und Inhalte wirksam online vermitteln, dann ist dieses Training genau das Richtige für Sie! Mit dem Online-Training erhalten Sie professionelles Wissen über Technik und Settings sowie inhaltliche Fähigkeiten für einen souveränen digitalen Auftritt, um zukünftig entspannt Webinare anbieten zu können.

Weitere Informationen bei bildungswerk@paritaet-lsa.de

10.-11.2.2021
**Online-Seminar:
Inklusiv wohnen - besser leben**

In inklusiven Wohnprojekten leben Menschen mit Behinderung in echter Gemeinschaft zusammen mit Studierenden und anderen. Die Vorteile dieser neuen Wohnform sind für die Bewohner genauso groß und vielfältig, wie die Vorteile für Träger der Behindertenhilfe. Christiane Strohecker, Initiatorin und Geschäftsführerin von inklusiv wohnen Köln e.V., präsentiert erfolgreiche Wohnprojekte und gibt Antworten auf Ihre Fragen rund ums inklusive Wohnen.

Weitere Informationen bei nadine.koster@paritaet-nrw.org

11.02.2021
**Online-Seminar: Verschwörungsmythen
in der Kinder- und Jugendhilfe**

In diesem Online-Seminar setzen wir uns mit den Ursachen und Funktionen als auch

Gefahren von Verschwörungsideologien auseinander und nehmen auch den Zusammenhang mit Antisemitismus in den Blick. Sie erhalten einen fachlichen Input und erarbeiten im Rahmen interaktiver Methoden entsprechende Inhalte in der Gruppe. Zudem werden Handlungsoptionen und Strategien vorgestellt, um antisemitische, verschwörungstheoretische Aussagen zu erkennen und diesen im Alltag und im Arbeitskontext mit Kindern und Jugendlichen zu begegnen.

Weitere Informationen bei nadiye.aydin@paritaet-nrw.org

16.-17.2.20
**Nachhaltigkeit leben und lehren
Bildung für nachhaltige Entwicklung in
der stationären Jugendhilfe**

Das Seminar richtet sich an Pädagogen, die die Prinzipien der Nachhaltigkeit (vor)leben und professionell in ihre Arbeit einbringen und fachlich versiert umsetzen möchten. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, die die Haltung zu einem nachhaltigen Lebensstil weitergeben wollen. Akteure aus dem Bereich der „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, die ein Interesse an der Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen aus Wohngruppen haben.

Weitere Informationen bei paritaetische@akademie.org



Ab Januar jeden dritten Dienstag im Monat! Weitere Infos auf Seite 19

JETZT VORMERKEN
**3.-7. MAI 2021: PARITÄTISCHES
DIGITAL-FESTIVAL**

#GleichImNetz lädt alle Mitgliedsorganisationen und Gliederungen im Paritätischen Netzwerk dazu ein, im Rahmen dieses bundesweiten Festivals Workshops, Webinare und Tool-Einführungen zu digitalen Errungenschaften anzubieten. Unser Projekt wird dazu in den ersten Monaten 2021 auf wir-sind-paritaet.de eine attraktive Überblicks- und Infoseite schaffen, wo Sie Ihre Angebote präsentieren können. Für die Umsetzung Ihrer Veranstaltungen sind die Organisationen selbst verantwortlich, #GleichImNetz betreut jedoch die gemeinsame Ankündigungs-Plattform und wird das Festival bundesweit intensiv bewerben. Infos: wir-sind-paritaet.de

JETZT VORMERKEN
**10.-12. JUNI 2021: DIGITALER AKTI-
ONSKONGRESS „ARMUT ABSCHAFFEN“**

Die Konzepte zur Armutsbekämpfung liegen auf dem Tisch, trotzdem steigt die Armut in Deutschland weiter an. Schon im Jahr vor Corona hat sie ein Rekordniveau erreicht und mit der Krise droht die Ungleichheit weiter zuzunehmen. Mit einem digitalen Aktionskongress wollen wir deshalb den Druck erhöhen.

Unter dem Motto "Armut? Abschaffen!" treffen wir uns in der Zeit vom 10.-12. Juni online: Fortbilden, Vernetzen, Handeln.

WEITERE INFOS

www.paritaet.org

EHRE, WEM EHRE GEBÜHRT

Über 16 Millionen Gesichtsmasken verteilten Francisco del Rio und Lucas Salzmann mit ihrem Truck des Arbeiter-Samariter-Bundes für den Paritätischen in

diesem Sommer in nur 6 Wochen im ganzen Land! Dafür erhielten sie jetzt die Goldene Ehrenplakette des Wohlfahrtsverbandes.



IMPRESSUM



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 030/24636-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

Facebook: www.facebook.com/paritaet/

Twitter: @Paritaet

Instagram: [instagram.com/paritaet/](https://www.instagram.com/paritaet/)

E-Mail: redaktion@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Gwendolyn Stilling (Leitung),

Tel.: 030/24636-305

Philipp Meinert,

Tel. 030/24636-339

Für Berichte, die mit dem Namen des*der Verfasser*in gekennzeichnet sind, trägt diese*r die Verantwortung. Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Bildnachweise:

S. 10-11: Annabell Fugmann

S. 12-13: Deutsche Rheuma-Liga

S. 17: Thomas Plaßmann

S. 18: Edna Ressel

Anschrift von Herausgeber, Redaktion,

und Vertrieb:

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband

– Gesamtverband e. V.,

Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Anzeigenverwaltung:

MD Medien Dienste GmbH

Baumweg 19, 60316 Frankfurt am Main

Druck:

Henrich Druck + Medien GmbH,

Schwanheimer Straße 110,

60528 Frankfurt am Main

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr



ARMUT?

ABSCHAFFEN!

10. - 12. Juni 2021

Digitaler Aktionskongress

WEITERE INFOS IN KÜRZE AUF
WWW.ARMUTSKONGRESS.DE